

KLASSENKAMPF

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Gerberstraße 14. Tel.: 210 45 (Hb.); 210 47 (Nebstg.)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Einzelverkaufspreis: 15 Pf. für den mit Post und Spalte; 1 RM. im Freiland. Postamt: Kreisamt des Sozialistischen Reichsausschusses, Postfach 100, Halle. Postfachnummer: Leipzig 104 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Gerberstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 17. Oktober 1931

11. Jahrgang Nr. 186

Im Sturmschritt vorwärts!

Wieder vier Wochen „Klassenkampf“-Verbot! Aber wir wissen und mit uns die zehntausende unserer Leser, die hunderttausende der Bataillone der kämpfenden roten Front in Betrieben, Schächten und Stempelstellen: Sie zwingen uns nicht! Das merken die, die uns das Erscheinen unserer Presse mit Notverordnungen heute noch unmöglich machen zu können vermeinen, auch. Mächtiger als ihre Kraft sind die Gesetze des rasend vor sich gehenden kapitalistischen Absturzes, mächtiger ist die lawinenhaft anschwellende Wucht der roten Angriffsfront gegen ein Wirtschafts- und Herrschaftssystem, das Millionen Menschen nicht mehr Arbeit und Brot geben kann, mächtiger die sieghafte Kraft des Kommunismus, der den verzweifelt den Massen den einzig möglichen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos zeigt. An allen Fronten stürmen wir voran in diesen Wochen. In den Arbeitstreiks flammten auf, Erwerbslosenmassen besetzten Rathäuser, erzwangen Versammlungsfreiheit, kämpften um Brot und Unterstützung unter unserer Führung. Die roten Leuna-Betriebsräte führen die Bewegung gegen die Massenentlassungen, die RGO weckt in Mansfeld die Kraft der Proleten, denen mit Hilfe der Gewerkschaftsböden wieder 10 Prozent ihres Hungerlohnes geraubt werden sollen. Die werktätigen Frauen in Betrieben und Wohnhöfen, in Stadt und Land sandten hunderte Delegierten zum mitteleuropäischen Frauenkongress, der eine Kampftagung gegen Lohnraub und Teuerung war.

Und wie der Kapitalismus wankt, so wankt und splittet es in den Reihen ihrer treuesten Stütze, der Sozialdemokratie! Die Abwanderung der ehrlichen revolutionären Arbeiter und Anhänger zur Kommunistischen Partei nimmt Massencharakter an, trotz des Versuchs einiger „linker“ Führer, diesen Abmarsch durch Gründung einer neuen Sekte aufzuhalten.

Hunderte neuer Parteigenossen gewannen wir in diesen Verbotswochen, ein tausend neuer Leser scharten sich um unsere „Klassenkampf“. Jetzt hinein mit ganzer Kraft in die Betriebe, hunderte neuer Zellen müssen entstehen, die gewerkschaftlich organisierten Massen für den Kampf gewonnen werden! Uns ist nicht bang um die Zukunft! Wir wissen, ihr Herren, sie gehört uns! Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Mansfeld-Kumpels wehrt euch!

Reaktionäre Gewerkschaftsführer peitschen 10 Prozent Lohnabbau durch — Die neue Arbeitsgemeinschaft in Funktion — Jetzt alle Kraft für den Kampf gegen den untragbaren Lohnraub

(Eig. Meld.) Eisenhütten, 16. Oktober.

Im Reichsarbeitsministerium wurde am Mittwoch mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vorübergehend der Zustimmung einer in Hehra stattfindenden Funktionärskonferenz beschloffen, die Tariflöcher für die Mansfeld-WG ab 1. Oktober um 10 Prozent zu senken. Dieses Lohnnotkommen soll bis zum 31. März 1932 gelten. Am Donnerstag fand in Hehra eine von den Gewerkschaftsböden zusammengegebene Konferenz statt, auf der angeblich diesem Notkommen zugestimmt sein soll.

Die Abwanderungen der Gewerkschaftsbürokraten in der sogenannten Hebraer Konferenz können für die Mansfelder Arbeiterschaft nicht nachgehört sein. Mühe doch selbst die bürgerliche Presse zugeben, daß sich auf dieser sorgfältig geführten Konferenz eine tiefe Wundenheit fand, die nicht damit einhergehen mag. Am liebsten ist die Zustimmung nach nicht einmündig. Die Beschlüsse haben mit allen Klassen eine Mehrheit überdauert.

Der Kampf gegen den Lohnabbau als rote Selbsthilfe.

Aktion muß gegen die sogenannte „nationale Selbsthilfe“ der Mansfeld-Gewaltigen organisiert werden.

Die von den Gewerkschaftsbürokraten gemeinsam mit dem Generaldirektor Stahl von der Mansfeld-WG propagierte Schicksalsgemeinschaft gibt es nicht. Streikbruchorganisatoren dürfen von den Mansfeld-Kumpels nicht als ihre Vertreter anerkannt werden. Die Streikungsanordnungen haben sich, wie wir das voraussetzten, als elender Bluff erwiesen.

Die Mansfeld-Arbeiter stehen auf vorgeladenem Boden. Sie tragen eine ungeheure Verantwortung. Am 31. Oktober lauten in der gesamten Chemie, bei den Eisenbahnen, in der Metallindustrie, bei den Eisenarbeitern die Lohnstarke ab. Auch hier wird unter dem Deckmantel der Schicksalsgemeinschaft der Lohnabbau durchgeführt werden.

Jetzt heißt es, den Sturm in den Betrieben zu entfachen, sofort Delegiertenversammlungen durchführen, die Kampfstellungen ergämen und überhaupt die gesamte werkschaftliche Bewegung von Hunger-Mansfeld zu mobilisieren. Die Situation gebietet den Kampf, alle Kräfte unter Führung der RGO einzusetzen!

Streitbeschlüsse in Mansfeld gefaßt

In den gestern abend stattgefundenen Versammlungen, einberufen von der RGO, nahmen die Mansfelder Berg- und Sülzener Arbeiter Stellung zu dem schamlosen erneuten Lohnabbau und dem ickhischen Beschluß der reaktionären Gewerkschaftsführer. In allen zum Teil überfüllten Versammlungen wurden Streitbeschlüsse gefaßt.

Die Resolutionen, die aus geschiedlich Versammlungen durchzuführen, wurden von den Arbeitern im Stich gelassen. Diese Versammlungen waren nicht beliebt, in Hehra nur 65 Teilnehmer, um sonst 700-800 Gewerkschaftler erschienen. Den Beschlüssen, die sich das Vertrauen aussprechen lassen wollten, wurde von den Arbeitern die kalte Schulter gezeigt. Niemand stimmte die Arbeiter für Annahme des Streikbeschlusses.

müssen, daß der Reichstag diesen Beschluß des Reichstags doch aufheben wird.

Nach den Abstimmungen wurde der Reichstag um eine Stunde vertagt, zu der der Reichstag zusammenzutreten wollte, um über eine längere Tagung des Reichstages zu entscheiden. Er beschloß mit Zustimmung der SPD, die Reichstagsverhandlungen bis Mitte Februar zu vertagen.

Die Anträge der Kommunisten gegen die Kapitalflucht und gegen die Devisenflucht werden gegen den Widerspruch der Kommunisten an den Steuerausgleich, andere Anträge, z. B. der zur Devisenflucht, werden an den Haushaltsausgleich überweisen.

Am Donnerstag wurde ein Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 101 Stimmen angenommen, der die Wiederherstellung des uneingeschränkten Streiks- und Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten fordert.

Demgegenüber wird der kommunistische Antrag auf Einstellung der Abfindungszahlungen an die Rüstung abgelehnt.

Ein Antrag der Kommunisten auf Einstellung eines Untersuchungs Ausschusses betr. Zahlungsrückstellungen und Zahlungsschwierigkeiten bei der Danabank, der Reichsbank und sonstigen, erhält nur die Unterstützung der Kommunisten und wird abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf sofortige Verhaftung von Eugen Berg, Hitler und der anderen Harburger Inflationsmännern wird gegen die Stimme der Kommunisten abgelehnt.

SPD rettet Reichswehrkabinett

Ganze 24 Stimmen Mehrheit für Brüning — Reichstag vertagt auf Befehl Hindenburgs bis Februar 1932 — SPD stimmt für Brüning, Groener, Schiele und Stegerwald

(Eig. Drahtg.) Berlin, 16. Oktober.

Auf der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei wurde gestern vom Reichstag der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning mit 294 gegen 270 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgelehnt wurden ferner die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den Innen- und Reichswehrminister Groener, gegen den Reichsernährungsminister Schiele und gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Die Sozialdemokratie stimmte stets für die Minister der Regierung. Ebenso wurden alle Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt.

Mit 320 gegen 255 Stimmen wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Reichstages abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei und die Landvolkpartei stimmten für die Auflösung und gegen die Reichstagsauflösung.

Bei der Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Einstellung aller Erbschaftszahlungen an das Auslandskapital und wichtige soziale Anträge der SPD verließen die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen den Reichstag. So wurden die kommunistischen Anträge auf Einstellung der Erbschaftszahlungen und aller Schuldzahlungen an das Ausland sowie auf Austritt aus dem Völkerverbund gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Am Schluß unterbreitet der Reichstagspräsident Brüning einen Vortrag der Reichsregierung, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen des Stillschließens den Reichstag bis zum 1. Februar 1932 zu vertagen.

Der Genosse Torgler widerspricht sofort unter leidenschaftlicher

Unterstützung der Reaktion diesen Vortrag und beantragt die nächste Reichstagsungung für Dienstag, den 20. Oktober, einzuberufen. Auf Antrag des Zentrum wird aber die Vertagung des „hohen Hauses“ bis 23. Februar beschloffen.

Bau des Panzerkreuzers B soll eingeleitet werden

In der gestrigen Reichstagsungung wurde der kommunistische Antrag, den Bau des Panzerkreuzers B einzuleiten und die für diesen Bau vorgesehenen Mittel für Kinderpflege zu verwenden, mit 211 gegen 161 Stimmen angenommen.

Die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag, da sie

Betriebe begrüßen ihren „Klassenkampf“

Von zahlreichen Betriebsräten gingen aus Beschlüssen, entlassungen und -schränken zum Niederkommen des „Klassenkampf“ zu. Mit diesen, die tiefe Besorgnis einer weiteren Vertiefung mit den Betriebsbelegschaften bewirkenden Maßnahmen wird uns gleichzeitig mitgeteilt, daß trotz des Verbotes überall zahlreiche neue Abteilungen durch industrielle Verbund gewonnen werden konnten. So teilt uns die Betriebsräte der Engelhardt-Bräuerei Halle mit, daß in der Werkstätte 12 neue „Klassenkampf“-Abteilungen gewonnen wurden. Vorwärts, heran zu die Betriebe!

Die Fronten sind klar!

be - Halle, den 17. Oktober.

Zwei Wochen waren wiederum Dutzende kommunistischer Zeitungen in Deutschland verboten. Heute zum erstmaligen Erscheinen auf der „Kassantampf“ wieder als legale Zeitung. Er scheint wieder an dem Tage, an dessen Vorabend sich das Schicksal des „Kassantampf“ für eine kurze Zeit entschieden hat. Durch die gefällige Abmahnung im Reichstagsrat hat die verheerliche Minderheitsfraktion des „Gewerkschafts-Kassantampf“, an der gewöhnlich die hundertsten Wähler teilnehmen, heute erneut den Auftrag erhalten, das wankende kapitalistische Deutschland zu retten. Mit Hilfe eines Wirtschaftsrates, der unter persönlicher Führung Stinnesbros die alte Arbeitergemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften wieder aufleben lassen soll.

Die sozialfaschistischen Faktionen der Bourgeoisie werden triumphieren, denn durch diese Hilfe ist dieses Kabinett gerettet worden. Es werden erneut vor den Arbeitern Brünings als das „kleinere Übel“ präsentiert, sie werden ihre Duldungspolitik verteidigen, indem sie ausrufen, daß Deutschland, daß die Arbeiterklasse vor allem, daß die formale Demokratie vor der faschistischen Diktatur gerettet sei.

Aber hunderte Tausende sozialdemokratischer Proleten wissen heute, welche Antwort sie auf die Frage geben sollen, ob Brünning besser ist als Hitler oder Hugenberg. Und während die Sozialdemokratie alle rationalen Elemente aus ihrer Reihen heraus wirft, während die „Anten“ ihre Betrugsmanöver nicht mehr innerhalb dieser Partei durchführen können, sondern eine eigene neue „sozialistische Arbeiter-Partei“ gründen müssen, um den Wahnwitz der Hunderttausende aus den Reihen der Sozialdemokratie in das Lager des Kommunismus zu verlocken, wird sie selbst zur Brünning behandelt wie ein ungezogener Junge, den man jede Portion Krümel verweigern kann. Diese Sozialdemokratie mit ihrem erkranklichen Kriechen vor der Notverordnungspolitik, die diese formale Demokratie und ihre Verfassung selbst ausschaltet und vernichtet, diese Sozialdemokratie, die durch ihre Gewerkschaftsführer die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt und jedes Verbot durch den Vortrieb der kapitalistischen Räuber mit durchzuführen zu helfen, diese Sozialdemokratie ist in den Augen des überzogenen Teiles der deutschen Arbeiterklasse nur noch der organisierte Ausdruck für das häßlichste Genußentum.

Kein Millionenvertäglich wissen es und bekommen es täglich durch die Auswirkungen der Notverordnungspolitik an eigenen Leiden zu spüren: Brünning bahnt Hitler den Weg. Das schreibt auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 4. Oktober ganz offen:

„So henein wird immer weiter von der Demokratie abgewandelt. Die Demokratie kann man doch nur dahin zusammenfassen, daß sie, mit einem Wort Stinnesbros, die Forderung der nationalen Diktatur bedeutet, das heißt, es gewährt dem Volk an die Diktatur und ermöglicht es gewissen Nachfolgern, sich zu behaupten unter Hinweis auf ihren Vorgänger.“

Die Sozialfaschisten behaupten, sie verteidigen mit der Brünning-Regierung das Tariffrecht der Arbeiter. Aber unter dieser Brünning-Regierung haben sich jedoch die Ereignisse in Mansfeld abgepielt. Dort hat der Tarif noch bis zum Ende dieses Jahres, Die Mansfelder Aktionäre müssen auf das Tariffrecht. Sie drohen mit Stilllegung, obwohl sie im Ernst nicht daran denken, sondern nur eine Wappensprung meinen. Sie erlangen damit neue Millioneninvestitionen. Sie erprehen einen neuen Hypothekensabbau. Und die Gewerkschaftsführer, die das Tariffrecht verteidigen wollen, sie werden sich zusammen mit den gewerkschaftlichen Führern die Annahme eines unbeschränkten Lohnverbots durchsetzen. Sie betreiben sich wiederum — obwohl sie wissen, daß die Mansfelder-Pröten bereit sind, zu kämpfen — als die Streikbruch-organisations, die sie in den ganzen letzten Kämpfen des proletarischen Kampfes sind. Diese Heuschrecke, die sich als Verteidiger der Rechte der Arbeiterklasse aufspielen, sind in Wahrheit die tüchtigsten Feinde. Sie haben es bewiesen in der aufstrebenden Streitwelle der letzten Tage, an der Ruhr und in den Hagenhärdern. Sie bewiesen es jetzt aus neuen in Mansfelder Hungerland.

Aber wie lange noch wird es ihnen gelingen, diese Katastrophe zu spielen. Denn der Kapitalismus ist ja nicht stärker geworden, sondern wird immer schwächer. Der Genosse Hermann Kimmle rief vor drei Tagen von der Tribüne des Reichstages der Sozialdemokratie zu:

„In jed an Leben und Sterben mit dem Kapitalismus verbunden, ihr werdet auch mit dem Kapitalismus sterben.“

Kämpf, dort, wo dieser tüchtigste Feind heute noch der Arbeiterschaft am meisten Schaden tun, in den Betrieben, schließt die Erkenntnis, schließt sich die Front gegen Gewerkschaftsleiter, gegen die Harzburger Inflationisten, gegen die Sozialfaschisten im Kampfe gegen den Lohnabbau und die Senkung der sozialen Unterhaltungen. Diese Sturmfront in den Betrieben wird unüberwindlich sein, weil sie von der kommunistischen Partei in Verbindung mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition geführt wird.

Das Volkstribunal unseres KR hat vor unsere Partei die Aufgabe gestellt, bis zum 31. März ein Aufgebot von hunderttausend neuen Mitgliedern durchzuführen. Diese Aufgabe steht in enger Verbindung mit der Durchführung der Resolution unseres KR über die Vorbereitung, Organisierung und Führung von Kämpfen der Betriebsarbeiter und der Entsehung eines gewaltigen revolutionären Vorstoßes gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsfraktion in den reformistischen Gewerkschaften. Deswegen soll auch unser Bezirk Halle-Merzburg unter den neu zu gewinnenden 6500 Mitgliedern 2500 Betriebsarbeiter und 700 Betriebsarbeitern zählen. Die Betriebsfront ist aus den wichtigsten Momenten unseres Kampfes erkennen, das heißt, die Aufgabe stellen, die uns gestellt ist in der Bildung von hundert neuen Betriebszellen und den Aufbau von 70 neuen Ortsgruppen. Schon liegen die ersten Ergebnisse vor. Wir werden am Montag ausführlich darauf eingehen.

Es sei merkt, daß unter den 358 ausgewählten Parteimitgliedern seit dem Verbot unserer Zeitung 100 Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen sind.

Bezirkstongreß der Hungerbataillone

Zur morgigen Bezirkstongferenz der Erwerbslosen in Halle

Halle, den 17. Oktober.

Die Komine der kapitalistischen Arrie umringt die Arbeiter zu immer größeren Angriffen auf den bereits unerschütterlich gefestigten Lebensstandard der Massen. In der „Bergwerkszeitung“ vom 23. September wird der Vorschlag gemacht, auf der ganzen Linie die Streckung der Lohnsumme zur Befestigung der Arbeitslosigkeit durchzuführen. Diese Vorschlag wird die Arbeitslosen auf sämtliche in Frage kommenden Betriebe in einem genau zu errechnenden Prozentlag zur derzeitigen Beschäftigung zu verteilen und den Betrieben die Ermächtigung zu erteilen, die gesamten Löhne und Gehälter prozentual festzusetzen, wobei die Gehälter der Arbeiter in den betreffenden Betrieben vorausgesetzt wird. Von den erparten Summen soll eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, die nicht nach dem früheren Vohu gemessen wird, sondern nach dem jeweils gültigen von Ort zu Ort verschiedenen Gültigkeitsnennum.

Dieser teuflische Plan ist natürlich ernst gemeint. Er zeigt, wie eng die Schicksalsgemeinschaft der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter ist. Weder die Gewerkschaften noch die SPD-Diktatur rührt sich, um gegen dieses kapitalistische Hungergeheimnis anzukämpfen. Sie sind ja für Brünning und deswegen für die Notverordnungspolitik!

Im Zeichen dieses verfluchten Angriffes, müssen auf dem Wege zur offenen faschistischen Diktatur tritt morgen die Bezirks-Erwerbslosentongferenz zusammen, um über die weitere Organisierung und Fortführung des Kampfes zu beraten. Die Massen sind kampfbereit. Die Ergebnisse der letzten Wochen zeigen es mit aller Deutlichkeit. Jetzt heißt es breite Erwerbslosenschaufenster schaffen, um auf der Grundlage der revolutionären Einheitsfront zur Ablösung dreier Massenfronten für Arbeit, Freiheit und Brot zu kommen. Aber dazu ist die egypte Verbindung mit den Betriebsarbeitern unabdingbar notwendig! Darüber muß sich die morgige Kongreß sehr sein, in diesem Sinne keine Beschlüsse fassen und auch den im November tagenden Reichstongreß der Arbeitslosen vorbereiten.

Die SPD für die kleinen Beamten

Aus der Notverordnung-Debatte des Preussischen Landtages

(Eig. Meldung.) Berlin, 16. Oktober.

Nach der Rede des Innenministers Goerring im Preussischen Landtag am 14. Oktober nahm Genosse Schment das Wort. Er erhob klammernden Protest gegen die preussische Notverordnung.

Dann wendet er sich dem demagogischen „Ausdruck des Bedauerns“ der Sozialdemokraten über den Abbau der Gehälter der kleinen Beamten und Arbeiter zu. Er erklärt, die SPD war es, die in den Magistraten und in den Ministerien den Lohn- und Gehaltsabbau durchführte. Auch das Zentrum, das von „bedauerlichen Einschülfungen der Beamtenrechte und der Beamtenbeholdung“ redet, ist mit schuldig an diesen Gehaltskürzungen. Schment weist auf die Rolle der Sozialdemokraten und des Zentrums bei der Lohnverhandlungen der Arbeiter hin. Besonders betraffigt er die Rolle der sozialdemokratischen Schlichter und der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.

Scharfe Worte findet er gegen die Inflationstreiber von Harzburg. Er bemerkt, die Rolle der Nationalsozialisten, die damit die wertigen Klassen in weiteres Elend stürzen wollen. Er schließt mit einem Appell an die wertigste Bevölkerung Deutschlands, in die Reihen der roten Kampjunit einzutreten.

Kommunisten fordern Freilassung von Claus Heim

In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 16. Oktober unternehmen die Kommunisten einen Vorstoß für die Freilassung des Parteiführers Claus Heim. In ihrem Antrag wird darauf hingewiesen, daß die wertigste Bauernschaft immer stürmischer die Freilassung ihres Führers fordert und daß sich zahlreiche landwirtschaftliche Organisationen sowie eine ständig wachsende Zahl ländlicher Konkreten und tausende Bauernvereinigungen für die Entlassung von Claus Heim mit aller Entschiedenheit ausgesprochen haben. Der sofortige Beschlussefassung über den Entlassungsantrag müßte in Verbindung mit der Freilassung des Parteiführers Claus Heim, die sofortige Stellungnahme des Landtages verhindert wurde.

Nazibanden vertrieben

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 16. Oktober.

Gestern abend wurde in Hamburg das Gerücht verbreitet, daß die Nazis Eisenbahn, das bekanntlich als rote Hochburg gilt, hätten wollten. Nach dem Polizeibericht wurde später ein Nazi

Lohnabbau im Leuna-Werk verhindert

Halle, 17. Oktober.

Vor einiger Zeit kündigte die Leuna-Direktion die Bestimmung der sogenannten Produktivzulage in Höhe von 13 Mark monatlich an. Die roten Arbeiterkräfte antworteten sofort darauf mit der Forderung auf Umwandlung der Prämien und Zulagen in festem Lohn. Bei den Leuna-Arbeitern fand diese Forderung den stärksten Widerhall. Die Leuna-Direktion mußte daraufhin in einer neuen Verhandlung den Abbau der Prämie einstellen zurückstellen. Erst Ende September soll erneut darüber verhandelt werden. Ein glänzender Erfolg, erzielt durch eine wertigste Einheitsfront unter Führung der roten Betriebs- und Arbeiterkräfte. Jetzt gilt es, den kommenden Lohnabbau in ebenso geschlossener Front abzuwehren. Jetzt muß sich die Leuna-Betriebszelle geschlossen die Forderung der roten Betriebszelle nach dem Selbstverständnis mit vollem Lohnausgleich zu eigen machen.

Diese Zusammenlegung zeigt uns, daß noch nicht genügend das Ziel auf die Betriebe genommen ist.

Große Kämpfe stehen vor uns. Nach wird in Mansfeld in diesem Augenblick sah die Mobilisierung des Kampfes gegen die freibewerbligen Gewerkschaftsführer kommen. Wie in allen Kämpfen, heißt auch hier die SPD und die reformistische Partei an der Spitze. Große Kämpfe stehen bevor in der Chemie, bei den Metallarbeitern bei den Eisenbahnern, bei den Stein- und Steinarbeitern. Für alle diese Arbeiterkategorien laufen am 31. Oktober die Tarife ab. Und überall soll ein neuer Lohnabbau durchgefohrt werden.

Es gibt keine andere Kraft als die Kommunisten, die in den Tagestämpfen an der Spitze der von Lohnabbau bedrohten Arbeiter stehen.

mit einer Gehirnerschütterung aufgefunden. Daraufhin veranlassen sich die Nazis, circa 70 Mann, und gingen die Straßen ab, alles, was ihnen in den Weg kam, wurde niedergetrieben. Es wurde auch gefoltert. Reichsbannerleute und Arbeiter haben dann die Nazis aus Eisenbahn vertrieben. Ein Reichsbannermann wurde verletzt. An Kommunisten wurden zwei Verletzte, in denen Kommunisten verletzten, politisch gefoltert.

Demonstrationen in München

(Eig. Drahtm.) München, 16. Oktober.

Gestern abend fanden in verschiedenen Stadtteilen Demonstrationen der Arbeiter statt, die mit Sprechchören durch die Straßen zogen. Die Demonstrationen wurden durch die Polizei mit dem Gummischnüßel aufgelöst. 40 Arbeiter wurden verhaftet.

SPD-Arbeiter fahren nach der Sowjetunion

Trotz aller Ausnahmehandlungen seitens der sozialdemokratischen Parteibürokraten haben in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der Einladung der Sowjetunion Folge geleistet. Aus unsemr Bezirk nehmen an der sozialdemokratischen Arbeiterdelegation — die bereits abgefahren ist —:

1 SPD-Arbeiter aus Raschwitz b. Zeitz, vorgeschlagen von einer Gruppe von Sozialdemokraten und in einer öffentlichen SPD-Berlinanmeldung gewählt.

Feiner 1 Mitglied der SPD aus dem Unterbezirk Weiskensfeld, gewählt in einer Verammlung von Mitgliedern der SPD und der SPD aus mehreren Ortsgruppen und 1 SPD-Arbeiter aus Theilen, gewählt vom Verband der Heizer und Reichsmitgliden.

An einer gestern abgefahrenen Delegation von Betriebsarbeitern nehmen teil ein Leuna-Arbeiter, ein Chemiarbeiter aus dem Wittenerberger Industriegebiet und ein Kollege von der Eisenbahn.

Massenündigungen beim Zeiger „Volkstoten“

(Eig. Meldung.) Zeitz, 16. Oktober.

Wir uns lochen mitteilen wird, daß dem gesamten Personal des linken sozialdemokratischen Schmiedebetriebs gefündigt werden. Ob politische Differenzen oder finanzielle Schwierigkeiten der Grund sind wird nicht in den nächsten Tagen herauskommen.

Neun Monate Ferkung wegen Verkauf des „Koten Wähler“

(Eig. Bericht.) Leipzig, 16. Oktober.

Auf der Anklagebank des Reichsgerichts vor heute her am 28. Januar 1909 geborene Schriftnerachille Jakob Semmler aus Regensburg, der sich fünf Monate in Untersuchungshaft befinden hat, und dem man nichts weiter vorwerfen konnte als sein Mitgliedschaft zur KPD und den Vertrieb weniger Exemplare des „Koten Wähler“ (Mittelstandsblatt der kommunistischen Reichsorganisation, das vollkommen legal erscheint) vor dem Arbeitsamt in Regensburg. Da der vierte Strafmaß sich den unabwehrbaren Argumenten der Verteidigung nicht entziehen konnte, trat der Fall ein, daß er in seinem Urteilspruch weit unter den Antrag des Reichsgerichts ging, den Angeklagten aber doch zu der ungewöhnlichen Strafe von 9 Monaten Untersuchungshaft unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft als „Erlöse“ für den Verkauf des „Koten Wähler“ verurteilt.

Es gibt keine andere Kraft als die Kommunisten, die gegen die Notverordnungsdiktatur ankämpfen.

Es gibt keine andere Kraft als die Kommunisten, die die nationale und soziale Befreiung des gesamten wertigen Volkes von allen Tributen und Zwangsverpflichtungen durchführen werden, wenn sie an der Macht sind.

Werkung hängt sich auf die Sozialdemokratie. Die Massen des wertigen Volkes hängen sich auf den Kommunismus. Die Freibewerbligen, die Hitler-Hugenberg oder Brünning-Beckstein, müssen, daß ihr einziger gemeinsamer Feind der Kommunismus ist. Dieser Einheitsfront des Volkes gegen die Ausbeuterklasse ist die Millionenerbewegung des deutschen Proletariats gegenüber. Wir und mit uns Millionen sind heute schon nicht mehr im Zweifel, wer aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen wird.

Heute abend Massen heraus! In Halle, Gesellschaftshaus

besuchen die Wertigsten das Wiedererschnehen ihres „Klassenkampf“ — Genosse Wilhelm Koenen spricht über das Thema: „Brünning II., Reichstag und die wertigsten Massen“ — Die Rolle Schmiede tritt auf

Japanischer Vorstoß gegen Peking

Vor der Besetzung des Hafens Schanghai — Die japanische Imperialistenpresse fordert Aufteilung Chinas

Tokio, 16. Oktober. Das japanische Oberkommando hat beschlossen, den wichtigen Hafen Schanghai in der Provinz Jehol, in unmittelbarer Nähe von Peking, zu besetzen. Der japanische Kreuzer „Chino“ und ein Minzergeschiff sind bereits mit starken Truppenkräften nach Schanghai unterwegs. Um diesen Gewaltstreich, mit dem Japan den Krieg ins Innere Chinas hinarbeitet, zu verhüten, verdrängt die japanische Presse erwiderte Meldungen, denen zufolge in Schanghai angeblich „Infolge der Konzentrierung beträchtlicher chinesischer Streitkräfte, eine Gefahr für die japanischen, dort anwesenden Bürger geschaffen wurde.“

Nach englischen Meldungen sollen täglich von Schanghai nach 1600 Mann amerikanische Marineeinheiten transportiert sein.

Das japanische Außenministerium hat bereits in einer „Kritiknote“ an die amerikanische Regierung die Besetzung von Schanghai angeklagt.

In den letzten Tagen wurde das ganze Gebiet längs der Mandschurien-Bahn von japanischen Kriegsluftzeugen „nach Befehl“ überflogen.

Japanische Truppen griffen eine chinesische Garnison im Norden der Station Hsinmintsin an der Peking-Mandschurien-Bahn an und zersprengten sie.

Nach einer weiteren Meldung haben am Donnerstag japanische Flugzeuge Kinchow bombardiert. Das Bombardement dauerte eine Viertelstunde. Ein großer Teil der Stadt wurde vollkommen zerstört.

Aus Peking ist am Donnerstag eine japanische Flugzeugstaffel in Richtung Tientsin gestartet.

Die Sowjetblätter melden auf Grund von Peking-Informationen, daß die Japaner unbekümmert um die Verhandlungen des Genfer „Friedensabkommens“ seit dem 22. September den Bau der noch lebenden Eisenbahn der Bahn von Kirin nach der Küste mit größter Eile betreiben. In spätestens drei Monaten soll der Bau durchgeführt werden.

Der japanischen Presse zufolge tritt Japan offen für die Aufteilung Chinas durch die Weltmächte ein. Die japanischen Blätter erklären, daß die japanische Regierung die Einmischung Amerikas ablehne, dagegen der Entsendung einer Sonderkommission des Völkerbundes in die Mandschurei seinen Widerstand entgegenzusetzen werde, da diese Kommission nach der Meinung Japans nicht allein die Mandschurei, sondern ganz China „untersuchen“ muß und sich zu übertragen wird, daß die chinesischen Behörden nicht fähig sind, die Ruhe in China aufrecht zu erhalten, daß China nicht als modernes Land angesehen werden kann und daß Japan nur schwer normale Beziehungen mit einem solchen Nachbarn unterhalten kann, auf dessen Gebiet das Leben der japanischen Bürger bedroht ist. Japan hält „die Unterwerfung Chinas unter die gemeinsame Kontrolle der Mächte für notwendig.“

Amerikas Kriegsaufmarsch

Kriegsschiffe sollen japanische Verbindungslinien abschneiden

New York, 16. Oktober. Die New Yorker Zeitung „Graphic“ meldet, daß 19 amerikanische Kriegsschiffe heimlich im Hafen von Tientsin konzentriert wurden, um die japanische Verbindungslinie mit der Mandschurei abzuschneiden. Die anderen Zeitungen unterdrücken diese Nachricht.

Später wurden weitere zehn Kriegsschiffe nach China entsandt. Etymon behauptet, davon nichts zu wissen. Nach ihm soll es sich einfach um „Seemannsrot“ handeln. Er

erklärt, daß Befehl gegeben wurde, sieben Unterseeboote aus Schanghai zurückzuführen. Eine Reihe militärischer Beobachter wurden nach der Mandschurei beordert.

Amerikanische „Untersuchungskommission“ von japanischen Truppen angehalten

Schanghai, 16. Oktober. Nach einer Peking-Meldung haben die japanischen Truppen die amerikanische Kommission, die aus Wankin nach Peking abgereist ist, um die politische Lage zu studieren, in einer Station angehalten.

Die ersten Oktoberdelegationen in Moskau

Sozialdemokratische Delegierte für revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!

Moskau, 16. Oktober. Das proletarische Moskau empfing heute voller Freude die erste Delegation ausländischer Arbeiter, die gekommen sind, um den Oktober-Feiertagen beizuwohnen. Lange vor Anbruch des Tages war der Herr der Bahnhofs von Arbeitern überfüllt. Die Arbeiter der Fabrik „Kälmann“ kamen mit der Fahne, die ihnen von den roten Frontkämpfern Hamburg geschenkt worden war, auf den Bahnhof.

Vor dem Bahnhof, neben dem Denkmal Lenins, fand ein großes Meeting statt. Auf die Begrüßungsreden der Moskauer Arbeiter antworteten der deutsche Bergarbeiter Kien und der österreichische Metallarbeiter Weidmann. Bis jetzt sind schon Delegationen aus Deutschland, Oesterreich, Belgien und

Der Sekretär der amerikanischen Volkspartei wurde erklärt, daß die Kommission nicht weiterreisen könne. Die Amerikaner haben sich bei der amerikanischen Volkspartei in Peking telegraphisch bedankt.

Die japanische Telegraphenagentur Shinbun Kengo meldet, daß am Donnerstag Außenminister Gidehara eingehende Besprechungen mit dem japanischen Kriegsratgeber gehabt hat. Es wurde eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, die beiden Minister und der Generalstab seien zu der Überzeugung gekommen, daß die militärische Mission in der Mandschurei ohne Einmischung von beiden Seiten zu Ende geführt werden müsse.

Amerika nach Genf eingeladen

Trog schärfsten Profetsis Japans

Genf, 16. Oktober. Die außerordentliche Vätertagung des Völkerbundes hat gegen den hartnäckigen Widerstand Japans mit allen gegen die japanische Stimme beschlossen, Amerika zur Teilnahme an der Völkerbundsversammlung über den mandchurischen Krieg einzuladen. Die Einladungsnote an Amerika wurde bereits abgefaßt.

Island angekommen. Aus Deutschland und Oesterreich ist ebenfalls eine aus 27 Personen bestehende sozialdemokratische Delegation angetommen. Spanien hat zum erstenmal eine Arbeiterdelegation von elf Personen zu den Oktober-Feiertagen entsandt.

Die Delegation der sozialdemokratischen Arbeiter erklärte Pressevertretern gegenüber, daß sie trotz des Verbots der Sozialdemokratischen Partei, die eine wilde Kampagne gegen die Sozialdemokratischen Arbeiter nach der Sowjetunion führt, sich nicht von ihrer Pflicht ablassen können. Der Vorsitzende der Delegation der sozialdemokratischen Arbeiter erklärte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion diese gemeinsam mit den revolutionären Arbeitern schlagen werden.

Sowjetrepublik in der Steppe

Zehn Jahre autonome Kalmückenrepublik

Ulan-Ude, 16. Oktober. Am 15. Oktober feierten die Werktätigen des kollektiven Sowjetgebiets die Vollendung des ersten Jahrzehnts ihrer Autonomie. Das autonome Kalmückengebiet erzielte während der abgelaufenen zehn Jahre gewaltige Steige beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau. Die Kollektivwirtschaften vereinigen 70 Prozent aller Kleinfeld- und Viehhaltung. Es wurden sieben Sowjetkulturräte für Viehzucht organisiert, die 30 Prozent des Viehbestandes des ganzen autonomen Gebiets konzentrieren, sowie zahlreiche Traktorenstationen.

Eine große Ertragssteigerung ist der Reu der Hauptstadt Elitka, inmitten der Steppe, wo ein industrieller und kultureller Herd für das Kalmückengebiet geschaffen wird.

Im Jahre 1917 hatte das Gebiet 30 Schulen mit 700 Kindern. Jetzt gibt es 300 Schulen mit 20.000 Kindern. Es wurden technische Schulen für Viehzucht und Schulen für Viehzucht, Komplex- und Parteilernen, ein Theaterhaus sowie eine Hochschulabteilung für Kollektivwirtschaft geschaffen. In den Schulen wird in der Kalmückensprache unterrichtet. 1930 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt.

Im Juli 1923 hatte das autonome Kalmückengebiet fünf Krankenhäuser und zehn Bezirke; jetzt aber besitzt es 18 Krankenhäuser.

42 ärztliche Hilfsstellen, 16 Ambulatorien, fünf ärztliche Kontroll- und Beratungsstellen sowie 200 Ärzte und Geheilen.

Das Kalmückengebiet entwickelt rasch seine nationale Kunst und Literatur. Die Kalmücken, die im zaristischen Rußland unterdrückt waren und deren kulturelle Bestrebungen schonungslos gebrochen wurden, schreiben jetzt rasch auf dem Wege des wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwungs vorwärts.

26 Bantuzammendrücke an einem Tage

London, 16. Oktober. In den Vereinigten Staaten haben allein am Donnerstag 26 Banken ihre Zahlungen eingestellt, und zwar: 12 in Süd-Carolina, 4 in New-York, 2 in Missouri, 3 in Pennsylvania, 2 in West-Virginia und 3 in Ohio. Die Stadt Youngstown in Ohio hat insofern einen besonderen Rekord aufgestellt, als ihre 11 städtischen Banken mit einem Gesamtkapital und Reserven von über 150 Millionen Mark ihre Zahlungen an demselben Tage eingestellt haben.

Die Federal Reserve Bank hat neuerdings wieder bedeutende Geldmengen hauptsächlich an Frankreich abgeben müssen. Davon gingen 42.100.000 Dollar nach Paris, 3.900.000 Dollar nach Belgien, 1.210.000 Dollar nach Deutschland, 750.000 Dollar nach Holland, 161.000 Dollar nach der Schweiz und 50.000 Dollar nach Polen.

K. OLECTIV

Die letzten Tage von...

Fortsetzung. Copyright by „Die rote Fahne“.

„Ich auch nicht,“ sagte Fritz, gab ihm die Hand, machte eine über den Kopf verbeugung und flüsterte mit erster Stimme: „Leben Sie wohl, sehr verehrter Herr.“ Darauf war Franz nicht gefaßt und sties verdutzt zurück. Endlich waren sie allein. Sie gingen jetzt etwas schneller. Nach einer Weile fragte Käte: „Sag mal, stimmt das mit der Reichsbank?“

Fritz, immer froh und bereit, der Käte etwas zu erklären, sagte: „Ja.“

„Und mein. Natürlich ist die Reichsbank nicht pleite. Denn sie kann ja Geld drucken. Aber der Kapitalismus ist schließlich pleite. Der braucht jeden Tag mehr Geld. Denk doch an die Sparkassen neulich, wie die geschlossen haben. Warum? Weil sie kein Geld mehr zum Auszahlen hatten. Nachher hat die Reichsbank ihnen wieder Geld gegeben, und da konnten sie wieder ausmachen.“

„Und heute?“ fragte Käte.

„Ja, heute haben sie wieder kein Geld, und wenn die Reichsbank ihnen kein Geld gibt, müssen sie wieder umarmen.“

„Aber die Reichsbank gibt ihnen ja Geld,“ wief Käte ein.

„Aber die Reichsbank kann doch immer neues Geld drucken, wenn die Sparkassen Geld brauchen.“

„Sagt mal an!“ unterbrach sie Fritz. „Weißt Du noch 1923, als immer mehr Geld gedruckt wurde?“

„Ja, aber kommt denn das jetzt wieder? Du glaubst, daß wieder eine Inflation kommt?“

„Wenn das noch lange so dauert.“

„Aber das wäre doch ganz toll. Denn würden wir doch alle wieder alle verlieren.“

„Ne, ganz und gar nicht. Die Kapitalisten würden nichts verlieren. Im Gegenteil, sie würden gewinnen.“

„Aber was denn?“ fragte Käte etwas unwillig.

„Ne, erstens würden sie ihre Schulden loswerden, die sie mit wertlosem Geld zurückzahlen, und dann würden sie die Löhne ansetzen und die Gehälter.“

„Da wären wir.“ brach Käte die Unterhaltung ab. Und beide gingen in das dunkle Treppenhaus, das zu Kätes Zimmer hinaufführte.

3. Kapitel.

Da stehen sie zu Hunderten, zu Tausenden. Jeder an seiner Maschine. Eingebüllt in einen höllischen rasenden Maschinen. Das Drö ist tot. Es hört nichts mehr. Das Auge ist tot. Es sieht immer wieder das selbe. Die Hände sind zu Maschinen geworden. Sie tun immer wieder das gleiche. Der Kopf ist leer. So stehen die Metallarbeiter Tag für Tag an ihren Maschinen. Stumm, denn das Reden ist verboten. So hat es der Nationalisierungsbeamte gestellt. Still und gebildet. Das letzte aus sich herausgehend, um das Tempo durchzuhalten.

Tag für Tag das gleiche Bild. Auch heute. Eine endlose Reihe. Doch was ist das? Ganz langsam geht eine neue Bewegung durch die Körper. Sie paßt nicht in den Arbeitsprozeß. Was ist geschehen?

Ganz hinten da bewegt sich einer zum anderen. Der hält einen Augenblick erschrocken inne. Dann bewegt er sich noch tiefer über die Arbeit. Seine Bewegungen werden noch häufiger. Scheinlich er hat um, und flüstert etwas zu seinem Lebensmann auf der anderen Seite. Wieder das gleiche. Auch dieser erharrt für einen Moment. Auch dieser beginnt seine Arbeit von neuem, noch gebückter, noch häufiger als zuvor. Auch er sieht sich dann um, ob der Meister ihn nicht beobachtet, und legt es weiter. Der sagt es wieder weiter. Weiter und weiter wird es gesagt. Mit unheimlicher Gleichzeitigkeit polstern sich die Bewegungen. Man kann ganz deutlich sehen, wie weit die Nachricht gekommen ist. Als sie die Mitte der langen Reihe erreicht hat, paßt es plötzlich auch die anderen. Trägend etwas Frustriertes sieht bevor. Eine unruhige Bewegung erregt sie alle, geht durch die Reihen der Nachricht voraus. Sie beginnen zu ahnen.

Endlich haben es auch die Letzten gehört. Jetzt müssen es alle. Jetzt hat sich die Reihe wieder ausgedehnt. Sie sehen alle wieder gleich aus. Nur noch gebiegt als zuvor wird gearbeitet. Nur noch gefurteter als zuvor sind die Gehälter der Letzten. Nur noch verdünnter als zuvor sind die Bewegungen der Jüngeren. Alle, alle hat es gepackt. P o h n a d d a.

Der alte Knorr war Frizens Nebenmann. Er war eigentlich noch nicht alt, knapp 47 Jahre. Aber gegenüber dem Durchschnitt der Belegschaft war er alt.

Der alte Knorr meinte immer: „Das ist das Schauerhafteste, was ich je mitgemacht habe: man will nicht mehr, aber man muß. Und dann kriegt man so ein paar Kröten in die Hölle gedrückt. Das geht noch ein Jahr und noch einen Monat und noch eine Woche, man schuftet wie verrückt, das Geld wird immer weniger. Und dann heißt es eines klugen Tages: Herr Knorr, Sie können klemmen gehen. Wir brauchen Sie nicht mehr.“ Und Fritz hatte ihm eben so geantwortet: „Wenig, Knorr, mit Gleichheit kannst du das auch nichts machen. Du siehst die Herren Unternehmer jaumen, kämpfen müßt du. Ihr feiert eine formlose Felle: immer jammern und jammern, und wenn ihr mal das Maul aufmachen sollt, dann verzieht ihr euch hinter die Maschine. Was läge ich — Maul aufmachen? Und was halt du vor 20 Jahren gemacht?“

„Da haben wir getroffen!“ meinte der alte Knorr. „Aber das waren auch andere Zeiten... Und ich war janzig Jahre jünger.“ fügte er leiser hinzu.

„In der Halle anacht hat Fritz den Knorr. Sie vollkriechen. Und was seit Wochen nicht passiert ist, das wird wieder zur Regel: die Kollegen scharen sich um die beiden. Jeder will hören. Jeder will sein Wort mitbringen.“

Fritz nimmt das Gespräch wieder auf: „Also Knorr, du sagst, früher habst ihr getroffen, und jetzt geht das nicht mehr. Wächst du mir nicht freundlicher mal erklären, warum es nicht mehr geht?“

„Das will ich dir sagen: weil wir dann einfach aufs Pfäffler liegen. Du kannst dir das leisten. Aber ich habe eine Frau und zwei Kinder, die noch nicht arbeiten.“

„Aber“, meiß Fritz ein, „die verfluchte Angst vor der Erwerbslosigkeit. Du meißt, wir fliegen raus, und ein paar Erwerbslose kommen an unsere Plätze. Sicher Freund, die Erwerbslosen sind viel weiter als wir Betriebsarbeiter. Du kannst jeden Streik nehmen in den letzten Jahren: die Erwerbslosen haben Stange gehalten. Solidarität ist bei denen kein leerer Begriff.“

Kappel drängte sich vor und unterbrach Frizens Rede: „Und was verpöndert ihr euch eigentlich so zu einem Streik? Meint ihr, daß die Krise davon besser wird? Ach läge sie wird schlimmer. Wir müssen arbeiten, damit wir unsern Berg können. Aber da müßt natürlich immer Unordnung schaffen. So seid ihr Kommunisten.“

Fortsetzung folgt.

Rund um den Erdball

Die Aufklärung von Jüterbog und Bia Torbogy

Eisenbahnattentäter ein Kommunistenschlächter

Des Attentats von Bia Torbogy einwandfrei überführt — Jüterbog noch ungeklärt — Der geheimnisvolle Laifzug

Wien, 16. Oktober. Nach den bis zur Stunde vorliegenden offiziellen Berichten kann die Schuld des verhängnisvollen Eisenbahnattentats auf Bia Torbogy an dem Mittenat von Bia Torbogy als reiflos erwiesen betrachtet werden. Seine Teilnahme an dem Jüterbog-Attentat hat er zwar eingestanden, ist aber bis jetzt durch die polizeilichen Ermittlungen noch nicht bestätigt. Andererseits werden immer mehr Tatsachen bekannt, die darauf schließen lassen, daß der Weißhaußler Matiuska ein wirksames Werkzeug von politischen Dunkelmännern aus Württembergs Kriegsministerium gewesen ist, der in dessen

Verbindung mit dem berüchtigten Britannia-Detachement, das damals zu den sogenannten „unseren Elementen“ zählte. Während aber die Britannien wirklich unangenehme Gefellen waren, waren die Inoffizien des Ehemann-Lagers recht harmlose Leute. Die sollten wir entlassen — vorausgesetzt, daß sie überhaupst Waffen besaßen.

Wir schwärmten aus... Da trachten plötzlich Schiffe. Ganze Salven. Ich befand mich mit meinem Zug gerade außerhalb des Lagers — wir mußten uns zu Boden werfen, da die Kugeln über uns hinwegpfliffen — wir hätten ein entsetzliches Geschrei — die Todeschreie von Sterbenden — dann wieder Salven — dann wurde es still. Ich konnte mir nicht erklären, was vorgefallen war, es hatte doch niemand Widerstand geleistet...

Am Morgen ging ich ins Lager und traf einen Oberleutnant und Zugkommandanten. Der erzählte mir Abschließend, daß er am Abend, als er in die Baracke 9 eintrat, sofort reinen Tisch

machte. Ich habe nicht viel Federlesen gemacht, sondern habe sofort schliefen lassen... Und er führte mich in die Baracke, deren Fußboden mit Blut bedeckt war... da lagen elf Tote... mit Federn verblüht. Der Oberleutnant hob die Decken nacheinander auf und zeigte mir nacheinander die Leichen, die von vielen Augen durchbohrt waren.

Dieser Oberleutnant, der elf wehrlose Menschen im Schlafe überfallen und ermorden ließ, der gegen jeden Befehl das Blutbad im Ehemannlager veranstaltete, war der Oberleutnant Karl Spilger Matiuska.

Und — wie wir jetzt wissen — das wirksame Werkzeug des Verhängnisses Kriegsministeriums. Wie ist eine so heftige Niedertrachtige Hege gegen die Kommunisten ausgeführt und durchgeführt worden. Aber auch nie fähigster auf der ganzen Linie als Hege entlarzt.



Ihre Angabe ließ Horthys Polizei unbeachtet

Die Gutsbesitzerin Forgas-Jung aus Travitzsch in Niederösterreich erstattete kurz nach dem Attentat von Bia Torbogy eine Anzeige gegen Matiuska, als den mutmaßlichen Urheber des Eisenbahnunglücks. Horthys Polizei warf die Meldung in den Papierkorb. Würde sie, warum?

Kaufzug des furchtbaren Attentats von Bia Torbogy verblüht hat, um das Standrecht über Ungarn verhängen zu können, um also Gründe für einen neuen blutigen Verhängnisvollzug gegen die Kommunisten zu haben.

Warum die Jahrplanänderung?

Unter Wiener Bruderschaft, die „Rote Fahne“, erinnert zur rechten Zeit daran, daß im Zusammenhang mit dem Attentat von Bia Torbogy einige führende Beamte der Ungarischen Staatsbahnen verhaftet wurden. Sie haben nämlich den Jahresplan geändert, ohne ihre vorgelegten Stellen davon zu verhängeln. Am 13. September kam es zur Katastrophe und die Jahrplanänderung erfolgte am 12. September.

Das Verbrechen der Verbrechen, die im ungarischen Kriegsministerium sitzen, hat den Anschlag auf einen Laifzug vorbereitet!

Die Initiatoren des grauenhaften Mordes wollten nur einen Anschlag auf einen Laifzug durchführen, um die offizielle Meinung Ungarns gegen die Kommunisten einzustellen und Sündenrecht und Terror einbringen zu ermöglichen zu können.

Der jahresplanmäßige Laifzug traf nicht ein. Aber der Unfallgeschick Subapart — Wien für die in Folge der Verbindungen der Schienen in den Abend, 25 Tote, viele Schmerzerleichte wunden sich in Schmerzen, eingeleitet zwischen den unentfesselten Waggontümmern.

Matiuska hat bei einer seiner ersten Vernehmungen angegeben, daß er den Sprengstoff für den „großen Unbekannten“ geliefert habe, der ihm sagte, daß er diesen zu Anschlägen auf Laifzüge brauche.

Diese Zusammenhänge müssen klar beleuchtet werden, weil wir auf Grund dieser Feststellungen können, daß von Günter Matiuska und seinem „großen Unbekannten“ die ganze Linie zu den ungarischen Behörden läuft, die durch die Jahrplanänderung statt einem Laifzuganschlag den Anschlag auf einen Schnellzug organisiert haben.

Matuskas erster Massenmord

Zur weiteren Charakterisierung des weißgardistischen Offiziers Matiuska veröffentlichen wir die Erinnerung eines anderen ungarischen Offiziers. In diesem Bericht, den wir ausgenommen dem „Tempo“ entnehmen, heißt es:

„Ich erinnere mich noch ganz genau, es war in einer finsternen Novembernacht des Jahres 1920 — das Regiment wurde plötzlich alarmiert. Kein Mensch wußte warum. Die Kompanien stellten sich auf, harte Munition wurde verteilt, wir legten uns in Marsch — niemand wußte, wohin. Selbst die Offiziere nicht. Wir wußten nur, daß uns zwei hohe Polizeioffiziere beigegeben waren und daß es sich um irgendeine „Sicherungsaktion“ handeln würde. Nach einem hundertlangem Marsch hielten wir in der Nähe eines Waldes, vielleicht zehn Kilometer von Budapest entfernt. Der Oberst ließ uns ruhen — und erklärte uns, es handelte sich um die Entwaffnung der Arbeiterabteilungen, die sich in dem sogenannten Ehemann-Lager, einem alten Barackenlager, befanden. Diese Arbeiterabteilungen bestanden zum größten Teil aus Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten und sie standen in einer gewissen

Der fünfte Verhandlungstag im Lübecker Kindermordprozess

Weitere Belastung Dendes durch Alfstaedt

Die „Welterziehung“ der Mordbazillen in Lübeck

Lübeck, 16. Oktober. Die Freizeitsprache im Galenmeierprozess brachte eine außerordentlich bemerkenswerte Aussage vom Angeklagten Dr. Alfstaedt. Das Gericht beschloß, diese Aussage handschriftlich zu protokollieren, damit sie bei den Akten festgehalten werden kann. Dr. Alfstaedt, der Vertreter der Nebenkläger, brachte die Ansetzung der Kulturen und die Fortzucht im Laboratorium von Professor Dr. Dende zur Sprache und erwähnte dabei, daß Professor Dr. Dende auch dem Galenmeier-Nährboden und dem Sauton-Nährboden auch vier-Nährboden zur Züchtung verwandte. Er hat, dem Angeklagten die Frage zu stellen, ob ihm dies bekannt geworden sei.

Das Gericht protokollierte daraufhin mündlich folgende Erklärung Dr. Alfstaedts: „Aber die Frage, was mir darüber bekannt geworden ist, auf welchem Nährboden Professor Dr. Dende in seinem Laboratorium die aus Paris bezogene Kultur fortzuchtete, aus welchem später die Emulsionen hergestellt werden sollten, ist mir vor der Entscheidung des Senats nicht bekannt, ist mir das Mittel zur Anwendung kommen sollte, folgendes bekannt gewesen: Mir war bekannt, daß die aus Paris bezogene Kultur

und die aus dieser Kultur gewonnenen Fortzuchtungen auf Galenmeier-Nährboden und dem Sauton-Nährboden kultiviert wurden. Herr Professor Dr. Dende hat mir auch gelegentlich gesagt, daß er zu dieser Züchtung auch Hühner-Eiernährboden verwandte. Herr Professor Dende hat mir bei einer Gelegenheit erklärt, als er sich darüber ausdrückte, daß die Züchtung auf dem Hühner-Eiernährboden ein sehr netteres Wachstum habe als die Züchtung auf den anderen beiden Nährböden. Professor Dende hat mir aber darüber nicht gesagt, daß er die Fortzuchtung der Stammkultur auf dem Hühner-Eiernährboden vorgenommen habe, und daß er später etwas die Emulsion, die zur Züchtung der Kinder dienen sollte, aus solchen Kulturen herstellen wollte, welche von ihm auf Hühner-Eiernährboden gezüchtet wurden.“

Dr. Alfstaedt ergänzte diese Aussage noch durch folgenden Satz, der ebenfalls protokolliert wurde: „Wenn in einem Laboratorium irgend eine Stammkultur trifft, pflegt man die Kultur auf dem üblichen Nährboden weiter zu züchten. Gelegentlich aber wird auch aus wissenschaftlichen Gründen eine Abmijung auf einen anderen Nährboden gemacht. Ich nahm an, daß Herr Professor Dr. Dende, aus einem derartigen Grunde eine Abmijung auf Eiernährboden vorgenommen hatte.“

Raubüberfall auf offener Landstraße

Drei Personen gestolzt

Warschau, 16. Oktober. Bei Mischow in der Nähe von Krakau wurde auf offener Landstraße ein Wagen mit drei Insassen, einem Fuhrmann und zwei Kaufleuten, überfallen. Während die Kaufleute niedergeschossen wurden, scheint der Fuhrmann nach hartnäckigem Kampf entdrückt worden zu sein. Den Räubern fielen 4000 Mark Bargeld in die Hände. Die Polizei nahm bis jetzt 17 Personen fest, von denen angeblich drei besonders verdächtig erscheinen.

Abschied vom Sommersport



Titelbild der neuen AIZ.

Schlaumeier

Geplagter Klassenlotterieschwindel

Berlin, 16. Oktober. Einer Gesellschaft von ausgetriebenen Köpfen ist es gelungen, auf einer äusserst interessanten Art fortgesetzt erhebliche Gewinne zu machen. Sie brachten das erstaunliche Kunststück fertig, nie mit einer Karte herauszukommen.

Dieses Schwindelkunststück machte ich die Geplagtheit der Lotterielotterie, eine Anzahl Lose als Restlose im Schaufenster zu hängen, für ihre Zwecke nutzbar. Sie notierten sich während der 30 Tage während der Ziehung der fünften Klasse sämtliche in der Berliner Schaufenstern hängenden Nummern und überwachten dann sorgfältig die Ziehung. Jedesmal, wenn eine der ausnotierten Nummern mit Gewinn gezogen wurde, rief ein Schlaumeier im Auto zu dem betreffenden Kollektur hin und faulste das Gewinnlos, das ihm auch antandolos ausgehändigt wurde, da die Kollektur erst am Nachmittage, nach vollendeter Ziehung durch die Schnellisten davon in Kenntnis gesetzt werden, welche Lose gewonnen haben.

Jetzt haben die Berliner Kollektur beschlossen, an Ziehungen tagen keine gewünschten Nummern mehr zu verkaufen. Schade...

79jährige unter Mordverdacht

Gegen die 79jährige Rentenermpfängerin Johanna Gottschalk aus Wittelheine, Kreis Neurode, hat die Staatsanwaltschaft in Glatz ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die alte Frau wird beschuldigt, in den Kriegsjahren zwei erst 14 Tage alte Kinder ihrer Entsetzlichen bejeitigt zu haben. Die Beschuldigte gibt zu, den Kindern Pfefferminztröpfchen eingelegt zu haben. Kurze Zeit darauf war der Tod der Kinder eingetreten.

Der tödliche Schmuggelsprit

Der aus Antwerpen in Stockholm eingeschmuggelte Holzspiritus hat jetzt insgesamt sechs Todesfälle verursacht. Zwei dieser Verurteilten sind in Krankenhaus überführt worden. Es ist nun festgestellt, daß drei Matrosen eines schwedischen Schiffes insgesamt 55 Liter des gefährlichen Sprites eingeschmuggelt haben, wovon 25 Liter in Stockholm verkauft worden sind. Alle Käufer sind, soweit sie feststellbar, jetzt, entweder gestorben, erblindet oder liegen noch im Krankenhaus.

Rechtswortlich: Bildheim Verlag, Berlin.

Frommelt zum Angriff

Leuna und Mansfeld

Porpothen der Streikämpfe gegen Lohnraub und „nationale Selbsthilfe“ — Schafft die revolutionäre Einheitsfront unter Führung der KPD — Organisiert den Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Lakaien.

Brüning-Kurs in Mansfeld

Neuer Lohnraub, neue Entlassungen, neue Feiertage

Infolge der immer höher steigenden Kupferpreise auf dem Weltmarkt hat die Mansfelder AG von der Regierung neue Staatsubventionen gefordert. Die Regierung war damit einverstanden und es wurden auch sofort 3 Millionen in der Vorüberwindung für die Aufrechterhaltung dieses freigezüglichen Betriebes eingeteilt.

Die Regierung mußte aber an die Bewilligung ihrer Zuschüsse die Forderungen, den Arbeitern und Angestellten 12 und 16 Prozent vom Lohn abzugeben. Ueber diese Bedingung hat die Mansfeld-AG mit den Tarifgemeinschaften verhandelt. Jetzt sind die Verhandlungen abgeschlossen, die Gewerkschaften haben eine Kapitulation von 10 Prozent eingewilligt!

Die Empörung der Mansfelder Arbeiter über diesen neuen Verrat der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie ist gewaltig. Die Gewerkschaftsbürokratie bemüht sich, die Arbeiter zu täuschen. Gemeinsam mit der Mansfeld-AG maßen sie das Schredgepöbel der Betriebsleitung in den furchtbaren Farben aus und sie fordern nimmer die Arbeiter auf, das „kleinere Übel“ zu wählen und den Lohnraub kampflöslich hinzunehmen!

Aber die Arbeiter lassen sich nicht mehr täuschen. Die Gewerkschaften haben ihre Grenze erreicht. Dieser neue Lohnraub bedeutet die reichste Verarmung der Bergarbeiterfamilien, bedeutet den Verrat der Gemeinden, den Zusammenbruch der Wirtschaft im ganzen Mansfelder Land.

Somit kommt, daß diesem Lohnraub unmittelbar auf dem Fuße eine weitere Reihe von Verschlechterungen folgen muß. Auf der letzten Betriebsversammlung hat der Direktor Stahl bereits jenseits der Betriebskassen angekündigt: „Nehmen Sie nur den Abzug an, es kommt bald ein neuer!“

Es läßt schon heute ganz felt, daß die jetzt bis zum 31. März 1932 getroffenen Vereinbarungen von der Mansfeld-AG so wenig eingehalten werden wie die letzten Vereinbarungen. Deren Kaufmann hat auch erst am 31. Dezember dieses Jahres beendet ist!

Eine weitere Folge der Lohnsenkung ist eine Welle von Massenentlassungen und weiteren Feiertagen!

Somit bemüht sich die Gewerkschaftsbürokratie, den Arbeitern vorzutrommeln, daß der Lohnraub gar nicht so schlimm sei, wenn die Mansfeld-AG jetzt vollarbeiten läßt. Aber in den Redaktionen der Regierung über die Staatsubventionen wurde festgestellt, daß 14 Millionen für die weitere technische Verbesserung der Betriebsanlagen verwendet werden muß. Das heißt, daß die bereits in Angriff genommenen Einrichtungen der „Kampfer“, der

ander und eine Anpassung des heutigen Selbstlohn- und Preisniveaus an die wirtschaftlichen Verhältnisse nötig. — Die Löhne müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können.“

Das heißt, die Vereinbarungen und Tarife gelten nur solange, solange sie den Profitinteressen der Unternehmer genügen. Dann werden sie einfach durchbrochen, wie das Mansfelder Beispiel es zeigt. Im übrigen können wir nur feststellen, daß die Kupferpreise noch weiter sinken und daß die Vorne der Mansfelder Arbeiter immer wieder dem Preisniveau angepasst werden sollen. Das heißt, ununterbrochen Fortsetzung des Lohnraubes.

Entsprechend dieser Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion müssen die Reddigung und Volkstum, so wie es bereits aus dem SPD-Parteitag und auf dem IDGB-Kongress festgelegt wurde, „Kampfer gegen den Kapitalismus“ sein und sie haben sich dementsprechend auch eingestellt, daß den Direktoren der Mansfeld-AG trotz der wirtschaftlichen Notlage ihrer Arbeiter bis zu 200 000 M. erhalten bleiben und daß die Arbeiter die Kosten des kapitalistischen Kontrollrats allein tragen.

Die Reaktionen am Krause herum haben auf der Konferenz auch „Apposition“ gemacht. Natürlich nur eine Scheinopposition, die den Zweck hat, damit sie in den Betrieben und in den Versammlungen mit unerschütterlicher Miene die Schallern einschlagen können und erklären, „wir haben alles versucht, aber es ging eben nicht anders.“

Sie wollen mit diesem Vandalen, gleich den Sendewitz und Koenig in der SPD, eine Barriere bilden, um den empörten Arbeitern den Weg zur revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verzerren. Die Sozialisten wissen ganz genau, daß die Gewerkschaftsbürokratie der KPD und der KPD die Reaktionen sollen jetzt diese Empörung aufkommen, um eine Massenflucht aus den Gewerkschaften zu verhindern!

Eine solche „Apposition“ ist nur die Krönung des sozialistischen Verrats. Sie ist der Versuch, die revolutionäre Einheitsfront der Mansfelder Arbeiter zum Kampfe entgegen zu verhalten, sie ist eine Fortsetzung der Tätigkeit der sozialistischen Gewerkschaftspalter.

Die Mansfelder Bergarbeiter machen endlich Schluss mit der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie, sie haben erkannt, daß nur die KPD die einzige Klassenkampforganisation, die Führerin im Kampfe gegen die weitere Verelendung sein kann. Der Organismus des Kampfes in Mansfeld werden alle Kräfte zur Verfügung gestellt.

In allen Betrieben wird Stellung genommen zum Streik, es werden Streikaktionen gemacht. Die Gewerkschaften stellen sich nicht dem Betriebschergen, zur Aufhellung von Massenstreikposten. Überall findet bereits eine fieberhafte Agitation und Organisation des Streikes statt.

In Eisenbahn und Posten sind bereits Streikaktionen zur Erreichung der ersten Forderungen. Aus der Umgebung des Mansfelder Landes, in Gagar aus Halle und Merseburg sind bereits Arbeitertruppen eingetroffen, um den Mansfelder Arbeitern in ihrem fieberhaften Kampfe die Solidarität und Unterstützung zu besorgen.

Die gesamte Mansfelder Bevölkerung ist empört und mobilisiert für den Kampf. Umgeben von dieser Welle der breiten Sympathie und tatkräftigen Solidarität werden die Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter nicht mehr dulden, daß sozialistische, falsche und gerichtliche Arbeiterfeinde in Versammlungen die Einheitsfront zerlegen können. Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der KPD wird zum Streik gerufen!

Leuna-Könige planen Lohnraub

Chemieproleten! Mobilisiert zum Kampf! Duldet keinen Pfennig Lohnabbau!

In den Wochen, in denen das Sprachrohr der revolutionären Arbeiterfront Mitteldeutschlands nicht erscheinen konnte, haben die Leuna-Gewerkschaften nichts unversucht gelassen, um das, was sie unter „nationaler Selbsthilfe“ verstehen, in der Leuna-Schleife durchzuführen. Schon im März und April hat die reaktionäre Betriebsleitung der Leuna-Werke gemeint, so wäre ebenfalls ein Schlag der IG-Gewerkschaften in Gestalt des Irregulären Abzugs für die „Winterentlohnung“ bereits durchgeführt.

Am 31. Oktober ist der Chemiearbeitertarif gekündigt; ein neuer Lohnraub soll durchgeführt werden, das Programm der heutigen Unternehmung in Leuna keine Verwirklichung finden, das Programm, das die Unternehmerräte zusammengefaßt in der Forderung:

„Die Gehaltsaufschläge müssen den Wirtschaftsmöglichkeiten angepasst werden.“

Alle Maßnahmen der Leuna-Direktion, die in treuer Gemeinschaft mit ihren Lakaien, den Wältern und Konjunkten und den ihnen geistesverwandten Nazis und gelben Betriebsräten immer wieder angezettelt werden, lauten darauf hinaus, den neuen Lohnraub kampflöslich zu verwirklichen. Der erste Schritt war der Vorschlag, ein Prozent des Einkommens der Leuna-Proleten für die Winterentlohnung der Leuna-Direktion zu „opfern“. Der Betriebsrat nahm sofort dazu Stellung. Die roten Betriebsräte wandten sich als einzige gegen dieses Vorschlag und erklärten, daß die Leuna-Aktionäre auf ihre Dividenden verzichten sollen.

Nach Ablehnung des Vorschlages der Betriebsleitung, dem Gehaltsaufschlag die sozialdemokratischen Betriebsräte unterstützten, erfolgte nunmehr ein neuer Angriff. Man plant insgesamt, die Prämien um 40 Prozent zu vermindern.

Das würde bedeuten, daß die Leuna-Arbeiter im Durchschnitt 10 bis 15 Prozent monatlich weniger erhalten würde.

Das kann kein Leuna-Arbeiter dulden. Deshalb muß sofort der Kampf vorbereitet werden. Jetzt sollen alle „Opfer“ bringen. Der Lohnraub an den Arbeitern muß nicht unversucht gemorden.

Die roten Betriebsräte zeigen den Weg!

Sie haben ihn längst gezeigt in ihren Kampfplänen, die sie ersatz im Gesamtbetriebsrat der Leuna-Werke einstimmig angenommen wurden, die aber bereits die Unternehmerratskonferenz von der KPD bis zu den Nazis wieder fallen ließ. Das Kampfprogramm ist deshalb nur der gesamten Leuna-Arbeiter-

terfront und darüber hinaus den Chemieproleten Mitteldeutschlands aufgezeigt:

1. Streikendtagung mit vollem Lohnausgleich.
 2. Streikung aller Unfallsstatistiken.
 3. Senkung aller Direktoren- und Beamtensgehälter auf höchstens 500 Mark pro Monat.
 4. Rufauszahlung der Dividenden.
 5. Abbau der Generaldirektoren.
 6. Streichung der Ausgaben für Werkspitzen.
 7. Übernahme der Miete durch das Werk, sobald sie mehr als 15 Prozent des Lohnes beträgt.
 8. Streichung aller Mietschulden.
 9. Voller Lohnausgleich zum Kronentag.
 10. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten dürfen nicht mehr erfolgen.
 11. Betriebsbedingt notwendige Überstunden bedürfen der Genehmigung des Betriebsrates.
 12. Beteiligung der Arbeiter durch Lohnausgleich in Höhe von 25 Prozent. Umwandlung der gesamten Prämien und Zulagen in festen Lohn.
- Somit muß die Wahl von Vertrauensleuten zur Unterhütung der roten Betriebsräte in allen Branchen vor sich gehen. Diese Forderungen müssen der Kampfzeit der gesamten Chemieproleten-

Erwerbslosen-Delegierten-Konferenz

Die Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Hungerbattalione findet morgen Sonntag, den 18. Oktober, 9 Uhr, in Halle, „Gelehrtenhaus“, Leipziger Straße, statt.

dreierlei Schüttenfäden sowie der größeren Eisenbahngassen ist vollendet wird, was tausende noch bei der Mansfeld-AG beschäftigte Arbeiter „überflüssig“ macht. Die Konferenz der Nationalsozialisten und Stahlhermer fahren jetzt im Mansfelder Lande herum und brüllen sich mit ihrer Zustimmung zu den Subventionen. Den „Segen“ dieser Subventionen spüren die Mansfelder Bergarbeiter bereits sehr empfindlich am eigenen Leibe bei dem furchtbaren Lohnraub.

Die reaktionäre Tarifgemeinschaftsbürokratie hat am Donnerstag eine „Arbeitskonferenz“ durchgeführt. Die Konferenz war zusammengebrochen. Korruptierte sozialistische Betriebsräte und Reuegen entschieden über Annahme oder Ablehnung der Lohnsenkung. Sie haben in der Mehrheit für Annahme gestimmt. Eine starke Minderheit war gegen die Annahme. Sozialdemokratische Delegierte rebellierten gegen die Bürokratie. Die Wältern und Reddigung haben den Auftrag ihrer Reichstagsabgeordneten ausgeführt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion führt die Brüning-Regierung und stimmt der Regierungserklärung des Reichstags an. Zu dieser Regierungserklärung heißt es:

„Nach länger als in den vergangenen Monaten ist eine Einwirkung von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik auf eine

Die Unternehmung, die die Mansfeld-AG wiederum bekommt, ist kein Segen für das Mansfelder Land. 14 Millionen werden allein zu Nationalisierungszwecken verwendet. Das bedeutet neue Massenentlassungen; 2000 Arbeiter werden auf die Straße geworfen. Die Unterbrei wird untertägliche Formen annehmen. Verschärfte Strafbestimmungen für nicht genügende Leistungen werden eingeführt. Nur reiner Schiefer darf geliefert werden. Das bedeutet die raffinierteste Schikane gegen die Dauer.

Ein Kampflöse hinneer des neuen Lohnraubdiktats wird die Mansfeld-AG zu neuen Anschlägen ermunten. Bald wird der Generaldirektor Stahl aufs Neue nachweisen, daß trotz der drei Millionen Subventionen, trotz des erfolgten Lohnraubes, wiederum Arbeitsplätze vorhanden sind. Hatte doch die Mansfeld-AG laut „Börzensetzung“ vom 16. September einen monatlichen Fehlbetrag von 600 000 Mark aufzuweisen, und schon eine Woche später wurde der monatliche Fehlbetrag mit 800 000 Mark besetzt und nach den Berliner Verhandlungen, die pro Monat eine Million Subventionen eintrudeln, ist nach den Rechnungen des Stabes immer noch ein Fehlbetrag von 100 000 Mark festzustellen.

Es lebe der Kampf gegen den Lohnraub!

Ein parteiloser Arbeiter aus der Bleihütte Hettstedt schreibt dem „Klassenkampf“

Nimm die Arbeiterfront der Lohnabbau kampflöslich hin, dann ist Stahl reiflos auf seine Kosten gekommen!

Die Gewerkschaftslogen verhehlen, ihren schändlichen Verrat zu beschönigen, indem sie erklären, daß Stahl ihren Willen nicht durchsetzen konnte, denn er forderte 12 Prozent Lohnabbau, und 10 Prozent seien nur beschließen worden. Diese Ausflüchtungen der Erspürer bringen die Kampfen in den Betrieben zur größten Empörung, denn doch jeder, der Stahl mit 12 Prozent Lohnabbau forderte, weil er genau wußte, daß die Gewerkschaftslogen sich dann mit einem zehnprozentigen Lohnabbau einverstanden erklären. Sieben Prozent hoffen die Bürokraten doch schon von sich aus als tragbaren Lohnabbau vorzuschlagen, als Opfer, das seitens der Arbeiterfront noch zu tragen sei.

Hätte Stahl 15 Prozent Lohnabbau gefordert, so hätten die Gewerkschaftsbürokraten einen zwölfprozentigen Lohnabbau ebenfalls für tragbar gehalten!

Deshalb Kampfen, Schluß mit den Logen, handelt über die Köpfe der Verräter hinweg: Es lebe der Kampf gegen den Lohnraub!

Stahl reiflos auf seine Kosten gekommen!

Die Gewerkschaftslogen verhehlen, ihren schändlichen Verrat zu beschönigen, indem sie erklären, daß Stahl ihren Willen nicht durchsetzen konnte, denn er forderte 12 Prozent Lohnabbau, und 10 Prozent seien nur beschließen worden. Diese Ausflüchtungen der Erspürer bringen die Kampfen in den Betrieben zur größten Empörung, denn doch jeder, der Stahl mit 12 Prozent Lohnabbau forderte, weil er genau wußte, daß die Gewerkschaftslogen sich dann mit einem zehnprozentigen Lohnabbau einverstanden erklären. Sieben Prozent hoffen die Bürokraten doch schon von sich aus als tragbaren Lohnabbau vorzuschlagen, als Opfer, das seitens der Arbeiterfront noch zu tragen sei.

Hätte Stahl 15 Prozent Lohnabbau gefordert, so hätten die Gewerkschaftsbürokraten einen zwölfprozentigen Lohnabbau ebenfalls für tragbar gehalten!

Deshalb Kampfen, Schluß mit den Logen, handelt über die Köpfe der Verräter hinweg: Es lebe der Kampf gegen den Lohnraub!

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

werden. Schon haben Betriebsratsversammlungen stattgefunden, in denen das Vorgehen der roten Betriebsräte bekräftigt wurde; schon haben sich die Arbeitergruppen Erwerbslosen mit den Leuna-Proleten solidarisch erklärt. Aber noch gewaltiger muß die Mobilisierung werden.

Keinen Pfennig Lohnabbau dürfen die Leuna-Proleten dulden!

KPD-Sieg in Sidol, Wittenberg

M.R. Durch die Gewerkschaftsbürokratie ermüdet, verurteilte die Betriebsleitung des Schloßwerkes einen Lohnraub mit der Einführung der Bierglühendmode ohne Lohnausgleich durchzuführen. Das geschah unter ausbrechlicher Beratung auf die Beschüsse des Frankfurt IDGB-Kongresses. Aber die roten Betriebsräte erklärten, keinen Pfennig Lohnraub in irgendeiner Form zu dulden. Die roten Arbeiter schloß sich einstimmig der Betriebsrat an. Angeführt dieser Entschlossenheit mußte die Betriebsleitung von der Einführung der Bierglühendmode ablassen. Dieser glänzende Sieg der KPD-Linie ist gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für die verwerfliche Taktik der Reformisten und brandstiftlichen Verräter.

Generell ist das möglich, was in Sidol erreicht wurde durch die Geschlossenheit der Beschäftigten. Die Mode der Firma Siegel & Co. bestand darin, daß sie gegen zwei rote Betriebsräte Klage auf Amtsenthebung erhoben hat.

Nicht nur die Beschlossenheit des Sidolwerkes, sondern die Arbeiterfront, die so Hauptkonfliktpunkt der Produkte dieser Firma ist, ist empört und wird diesen Verräter unerbittlich verfolgen. Das geschieht in einer Einmünderungsversammlung in Blüchlich zum Ausdruck, wo u.a. u.a. die Zurückhaltung dieser Firma verurteilt wurde, wodurchfalls die Arbeiterfront bei der Abnahme der Produkte dieser Firma entsprechend handeln würde.

Gebe Raucherzähne

Schon Inneem Saufen enthält das Geschloß der Beschäftigten. Die Mode der Firma Siegel & Co. bestand darin, daß sie gegen zwei rote Betriebsräte Klage auf Amtsenthebung erhoben hat.

Nicht nur die Beschlossenheit des Sidolwerkes, sondern die Arbeiterfront, die so Hauptkonfliktpunkt der Produkte dieser Firma ist, ist empört und wird diesen Verräter unerbittlich verfolgen. Das geschieht in einer Einmünderungsversammlung in Blüchlich zum Ausdruck, wo u.a. u.a. die Zurückhaltung dieser Firma verurteilt wurde, wodurchfalls die Arbeiterfront bei der Abnahme der Produkte dieser Firma entsprechend handeln würde.



Sonnabend, den 17. Oktober 1931

An die Redaktion „Klassenkampf“!

In einer Beschlusssammlung der Firma Andreas Langenier wurde zum letzten „Klassenkampf“-Verbot Stellung genommen. Die abgemerkelten Arbeiter begrüßen das Wiedererleben des Organs der revolutionären Arbeiterfront und wünschen, am weiteren Ausbau und an der Verbreitung des „Klassenkampf“ durch Werbung neuer Leser aktiv mitzuwirken. Trotzdem die leitende Reaktion und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer die Beschlusssammlung gegen die kommunistische Presse führt, werden die Betriebsarbeiter ihrem Kampfantrag nicht die Treue brechen. Hier Kollegen befehlen sofort den „Klassenkampf“ und zwei das „Mitteilungsblatt“.

Es lebe der „Klassenkampf“, es lebe der Sieg der revolutionären Arbeiterfront der Arbeiterklasse über die kapitalistischen Unterdrücker des Proletariats.

Mit kommunistischem Gruß! (Unterschrift)

„Klassenkampf“ Verbot bekämpft

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat durch Beschluss vom 8. Oktober die Schenkung des Verbotens des „Klassenkampf“ in Halle gegen das durch die Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ausgesprochene Verbot als unbegründet verworfen. Diese Werbung veröffentlichte gestern freudbetäubend das sozialdemokratische „Volksblatt“. Auch wir können nicht umhin, anlässlich des Wiedererlebens des „Klassenkampf“ an einen Lesern die interessante Mitteilung zu machen, das das Reichsgericht am 8. Oktober die jetzt nach dem Erfolg des Verbots des „Klassenkampf“ erhobene Beschwerde als „unbegründet“ verworfen hat. Es gibt Fälle, bei denen das Reichsgericht zur Herbeiführung einer Entscheidung nicht so lange Zeit benötigt. Wir denken da vor allem an die durch das Reichsgericht erteilte Befreiung des Verbots des „Klassenkampf“ fast in dem Augenblicke, als die gesamte Presse der SPD in Deutschland verboten wurde. Wir leben eben in einer bürgerlichen Republik!

Kriegsbege der Stahlhelme

Die Propaganda-Organisation für den neuen imperialistischen Krieg der Stahlhelme, veranstaltete am Mittwoch in Halle eine öffentliche Kundgebung mit dem ehemaligen Reichswehrminister Geyer als Referent. Die Rede des Redner war eine sehr interessante. Die Teilnehmer hatten nachmittags vor dem Bahnhof in Reich und Gieb und unter furchtlichem Schug der Security-Polizei Aufstellung genommen, um dem General die — Kriegsrede abhören zu lassen. Wir meinen damit nicht, daß die zum größten Teil ausgehenden Stahlhelmsoldaten etwa einen besonders fröhlichen Eindruck gemacht hätten. Wohl ist aber, daß dieser alte Stahlhelmsoldat einer frohen und offenen Kriegsbege dient, die nicht nur in der Kampfhandlung, sondern auch in den öffentlichen Umzügen der Stahlhelmsoldaten zum Ausdruck kommt. Vor einem ausgesprochen bürgerlich-kapitalistischen Publikum hielt General Geyer eine sozialistische Rede gegen Frankreich, in der folgende Stelle vorkam:

„Es würde ein Verbrechen für unser armes Vaterland, den Krieg zu machen. Ich würde nicht mit dem Säbel, aber ich will ihn zur Seite haben, um ihn im Notfall zu gebrauchen. Wir brauchen die allgemeine Wehrpflicht. Das alte Krimoorakel: Si vis pacem, para bellum! (Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg) sei eine Blindelei und Deutschland müde den Mut und die Offenheit finden, das vor der Welt zu verstanden.“

„Mittel zum Krieg“ sprach also General Geyer und riefte mit seinem Säbel — auch wenn er nicht, daß es nicht tun sollte. Es ist genau so wie in der Monarchie unter Wilhelm II. in der Zeit vor 1914. Die Arbeiterschaft hat alle Verantwortung, dem Treiben der Stahlhelmsoldaten, die durch feinerer Rotenordnungen und Polizeimaßnahmen in ihrer Propaganda gebindert werden, größte Aufmerksamkeit zuwenden. Der Sozialismus ist unter dem Schug sozialdemokratischer Polizeimitarbeiter immer offener und klarer und die nationalsozialistischen Kriegsbege feiern mehr Orgie. Kampf gegen die falsche Kriegsbege! Das ist die Lösung aller Weltfragen.

Abrechnung mit der Brüning-SPD

Die öffentliche Versammlung in Zimmendorf, die gestern abend vom Erwerbslosenrat ausberufen worden war, wies einen glänzenden Verlauf auf. Vor 400 Einwohnern sprach General Kitzler über die politische Lage. Die Rede zeigte, daß im Reich durch die Sozialdemokratie noch einmal eine Wechsellagerung für Brüning zustande gekommen war, löste empörte Pfui-Kufe aus.

An der Disputation, die äußerst lebhaft verlief, beteiligten sich vor allem die Frauen, die vom Ränderkongress der Frauen in Leipzig mit großer Begeisterung berichtet. In Halle ist neuerdings die Forderung, den Schichten der Werktätigen zusammengeführt werden, wurde vom Genossen Käthe vorgelegt und einstimmig angenommen.

Gestern abend fand im „Lindenhof“ in Gröllwitz eine öffentliche Versammlung der SPD statt, in welcher Genosse Dreese über das Thema: „Neue Rotenordnungen — die Tugenden des Brüning-Vertrages“ sprach.

Wörter Kapitalismus

Am 14. Oktober beging ein Geisteskrankes aus Halle Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Grund zur Tat: geistliche Schmierereien.

Ammer mehr heimgewaltige Ereignisse werden durch die derzeitige Krise des Kapitalismus verursacht und zugrunde gerichtet. Fast jeden Tag werden eine Anzahl von Konsumverweigerungen und mildere Unternehmungen gemeldet. In Halle ist neuerdings das Konsumverweigeren über die Schrittmotorregulierung Firma Hindle & Tegetmeyer, Reibwasser Straße, eröffnet worden. Immer früher wird die Zahl der ruinierten Reibwasserbetriebe und kleinen Geschäfte, die aus Verzweiflung über die durch den Kapitalismus verursachte Krise des Selbstmordes feste Lebens- und Existenzmöglichkeit zu geben. Dazu ist nur das feige Proletariat imstande, das durch den gemeinsamen Kampf mit allen wertvollen Schichten der Bevölkerung den Sozialismus erringen wird.

Hauptbahnhof, rechts Halle. In den beim Hallischen und durchreisenden Publikum hier beliebten Gaststätten des Hauptbahnhofes findet am Donnerstag, dem 22. Oktober, großes Schachfest statt. (Siehe Anzeige)

Wir sind auf dem Vormarsch!

Was Halle während des „Klassenkampf“-Verbots erlebte

19. September: Der „Klassenkampf“ wird auf vier Wochen verboten, weil durch den Abdruck eines Telegramms des Zentralkomitees der SPD die Gemächnisse der heutigen Arbeiter mit den englischen meuternden Matrosen zum Ausdruck gebracht wurde. Gleichzeitig wird das Verbot des nationalsozialistischen „Klassenkampf“ abgelehrt.

Am gleichen Tage veröffentlicht das „Volksblatt“ einen langen Artikel, in dem die kommunistischen Verleumdungen und zölibatären Behauptungen über die kommunistische Presse enthalten waren. Das schändliche „Volksblatt“ mag sich beruhigen, die revolutionäre Presse ist trotz Verbotens und schändlicher Unterdrückungsmaßnahmen der sozialdemokratischen Minister auf dem Vormarsch und gewinnt immer größere Sympathien der wertvollen Bevölkerung, während die SPD-Partei einen katastrophalen Rückgang zu verzeichnen hat.

20. September: Internationale Chemikerarbeiterkonferenz in Halle. Die Delegierten der Chemiebetriebe fallen Beschlüsse zum Kampf gegen den Lohnraub.

22. September: Im Stahlhelmsoldaten findet eine von einer bürgerlich-reaktionären Arbeiterorganisation einberufene hart besetzte öffentliche Arbeiterversammlung statt. Ein kommunistischer Redner spricht in dieser Versammlung nahezu eine Stunde unter großer Aufmerksamkeit und mit großem Beifall vor einem, zum größten Teil nicht-kommunistisch eingestellten Publikum, was sogar die deutschsprachige „Sonne-Zeitung“ als außergewöhnliches Ereignis feststellen mag.

23. September: Die „Schulstadt Halle“ löst in den Schulen den Unterricht in ungeliebten Klementen ab, so daß die Lehrer gezwungen sind, eine scharfe Protestaktion zu veranstalten und die Verantwortung für eine solche unangehörige Sparpolitik des Magistrats auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterkinder abzuwälzen.

25. September: Straßenspektakel in der Landeshöhe Str. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen vertreiben den roten Konsum gegen die erpresserischen Methoden der Weba. Die Polizei geht mit dem Gummistock und mit der Pistole vor, verurteilt aber gegen die Arbeiter nichts auszusprechen.

29. September: Heberfülle und politisch gefärbte Versammlung des roten Konsums im „Stahlhelmsoldaten“ 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen halten Versammlung mit dem

Heraus zur öffentlichen Jugendkundgebung!

„S.D.J. Sendeweg oder sozialistische Jugendorganisation“ hierüber findet Montag, den 19. Oktober, der ehemalige Vorsteher der SPD, Richter über das Thema: „Gemeinschaftsbürokratie, SPD und Nazis“ der Reichsjugendleiter der KPD, W. Rische, B. Kommt alle, halt euch auf! Alle S.D.J.er Halles sind hiermit eingeladen! Die Kundgebung ist im Gesellschaftshaus, Leipziger Straße, 20 Uhr, Eintritt für Erwerbslose 10 Pf.

KPD und KSO-Jugend Halle.

Organisierter Naziterror in Halle

In dieser Woche war der süddeutsche Stadteil, vor allem das neue Siedlungsgebiet, Schöppel eine systematisch organisierten Terrors der Nationalsozialisten. Am Dienstag fand in der Bendendorfer Straße und in der Bendung des Ammerweges drei Jungarbeiter von einer etwa 40 Mann starken Bande von Nazis hinterhältig überfallen und blutig gefoltert worden. Ein Jungarbeiter wurde durch Wertschilde am Kopf und am Hals erheblich verletzt. Die herbeigeeilte Polizei verhaftete sofort auf Geheiß der Nazis mehrere Jungarbeiter, darunter einige, die an den Verfalls völlig unbeteiligt waren. In der Nacht zum Mittwoch zum Donnerstag wurde dieser nächtliche Terror der Nazis in verstärkter Maße ausgeübt. Mehr als 100 Nazis und SA-Männer trafen sich im Siedlungsgebiet herum und machten den ganzen Stadteil unsicher. Wiederum wurde eine kleine Gruppe von Jungarbeitern überfallen. Es kam zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Nazis, wobei es zu Verletzungen auf beiden Seiten kam.

An den Verfalls der Polizeigebäude heißt es, daß es sich um Überfälle der Kommunisten auf Nationalsozialisten handelte. Es versteht sich von selbst, daß die leitende Presse die Wortkommuniste zu einer wüsten Kommunikation ausgebläht und ein scharfes Zugreifen der Polizei gegen die Kommunisten fordert.

Nicht nur die an den Zusammenstößen beteiligten Arbeiter, sondern auch die Polizei und Sozialdemokraten des Ammerweges teilte Schicksale. Die Polizei wurde mehrfach gemißhandelt, berichtet uns übereinstimmend, daß es ausschließlich die Nazis waren, die Pallastien angepöbeln, provoziert und, wenn sie der Meinung waren, daß es sich um Kommunisten handelte, überfallen haben.

Es herrscht deshalb unter der wertvollen Bevölkerung des Süddeutschen eine begriffliche Erregung.

Die Nazis waren fast alle mit Knütteln, Faustäulen, Schlagringen und Fäusten bewaffnet. Die Schlägerkolonnen wurden auf verschiedene Straßen aufgestellt. Außerdem wurde mit Pfeifblasen ausgerüstet. Um bei Schlägeren die eigenen Leute zu schonen, hatten sie sich viele Armbänder angelegt, wodurch sie sich in der Dunkelheit gegenseitig erkennen konnten.

Deswegen, wenn die Nazis einen feigen Überfall auf Arbeiter ausübten, wurden, riefen sie sich auf dem „Ammerweg“ der Polizei. Dies geschah auf folgende Weise: Die SA-Männer hielten sich dem Leberallmogen der Polizei in den Weg und gaben dann der Polizei „Antraktionen“, Überfall der Kommunisten! Die Polizeibeamten gingen dann mit freudiger Unternehmung der Nazis entgegen, über, auf einzelne Arbeiter Jagd zu machen und sie zu verurteilen.

Polizei verbietet Protestkundgebung gegen den Naziterror

Die kommunistische Partei des Stadteils Schöppel hatte für heute um 18 Uhr eine öffentliche Protestkundgebung gegen den Terror der nationalsozialistischen Schlägerkolonnen im neuen Siedlungsgebiet beim Polizeipräsidium angemeldet. Der Polizeipräsident legte bei diese Kundgebung auf Grund der Rotenverurteilung vom 28. März 1931 verboten, da angeblich die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Vieles Rote muß den Protest der gelammten hallischen wertvollen Bevölkerung hervorzuweisen. Die nationalsozialistischen Straßenspektakel, die einen ganzen Stadteil systematisch belagern und terrorisieren, werden bis über das Verbot dieser antisozialistischen Kundgebung am Meinen freuen. Wir sind überzeugt, daß die Nazis aus diesem Terror ihre Schlußfolgerung ziehen und nun erst recht ihre terroristischen Umtriebe fortzusetzen versuchen werden. Die Arbeiterfront wird jedoch auf dem Vollen sein und weitere Überfälle der Naziterroristen auf die wertvolle Bevölkerung zu vereiteln wissen.

Sozialistischer. Mit großer Begeisterung stimmen die Massen dem Verbot, zu einem neuen roten Arbeiterforum auszugeben.

7. September: Jirkusvorstellung der Nazis. Knall-Gewalt verurteilt für 8 Markt Eintritt nur Leuten mit beiden Händen und diesen Reaktionen nationalsozialistischen Anstern. Eine Nacht von eleganten Purosautos vor dem „Stahlhelmsoldaten“ zeigt daran, daß die NSDAP auf dem besten Wege ist, die größte Partei der kapitalistischen Volkswirtschaft zu werden.

2. Oktober: Heberfülle Gläubiger versammlung des S.D.J. im Sozialhaus. Der Sozialist Schomann muß eine verzichtende Rede über die SPD erlesen. Das „Volksblatt“ wagt es nicht, die jammervolle Rede Schomanns auf mit einem Wort zu erwähnen. Die Versammlung war ein Kampfpfeil der revolutionären Genossenschaftsopposition zur Weiterführung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus und für den Aufbau einer neuen roten Genossenschaft.

8. Oktober: Kneifen-Kämpfer spricht in einer SPD-Kundgebung im „Kloster“. Nationalistische Arbeiter fordern Klamm eine Disziplin, aber Klammler war es gerade leicht Tradition vor, feige zu kneten und bereits vor halb 10 Uhr den „Kloster“ zu verlassen. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter diskutierten nach Schluß dieser famosen Kundgebung trotzdem über den Kampf für die revolutionäre Einde der Arbeiterklasse.

8. und 9. Oktober: Straßenspektakel gegen den hallischen Erwerbslosen Rat der Stadt gegen den Unterhaltungsabba. Demonstrierende erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen fordern nach dem Rathaus und in der Leipziger Straße Arbeit und Brot.

7. Oktober: Heberfülle Versammlung des Kampfbundes gegen NS-Verbot im „Wintergarten“. Genosse Wilmke am Referat unter feindlicher Begeisterung der Massen über die revolutionären Ereignisse in China und über den Vormarsch der Weltrevolution.

8. Oktober: Der Preis für ein laut einer Befragung der Badeamgangsinnung in Halle für ein dreifünftiges Koggenboot auf 55 Pf. erklärt worden.

8. Oktober: Die Nazis verurteilen mit ihrem neuen Parader Löcher (S. 51) Dumme zu fangen. In einer Beschlusssammlung im „Hofgarten“ entlarvt ein kommunistischer Disziplinär unter dem tosenden Beifall der Arbeiter die Verurteilung, Jungarbeiter die inkrimierten Angelegenheiten der Polizei beauftragt. Jael Tritsch der Verurteilungsbefehl verurteilt darauf mit dem Gesang der „Internationale“ den Saal.

12. und 13. Oktober: Erneute Kundgebungen und Demonstrationen der Erwerbslosen vor dem Rathaus und auf dem Marktplatz gegen den Abbau der Unterrichtsansätze. Die bürgerliche Presse berichtet nur 1500 Demonstrationen. Unter dem Druck dieser Kundgebungen muß die Polizei am 13. Oktober auf dem Marktplatz eine öffentliche Berichterstattung der Erwerbslosenvertreter über die Verhandlungen mit dem Magistrat ausfallen. Trotz des Nachts der Verurteilung der Polizei ein Gummistockpfeil werden die Massen nicht von der Straße wegzurufen.

hatten. Bei dem Mistransport der verhafteten Arbeiter durch die Polizei haben jedoch einige Nazis als „Jungen“ zur Begleitung mit. Dieses Spiel der Nazis mit der Polizei ist so empörend, daß selbst das sozialdemokratische „Volksblatt“ das gewöhnlich kommunistenfreundlich meint, ist sich veranlaßt, nicht auf diesen Standpunkt zu kommen und das zu sagen, daß die Nazis die Polizei beauftragt. Die Rotenordnung verbietet es uns, selber, unsere offene Meinung über die diese ziemlich deutlich in Erscheinung tretende Harmonie zwischen Nazis und gewissen Polizeibeamten auszusprechen. Wenn man die Polizeiberichte liest, dann könnte man fast meinen, daß die Nazis jetzt nicht diktieren.

Die SA-Banden haben den süddeutschen Stadteil gezeichnet

An den Gartenanlagen am Gumbelbrunnen halten sie ein sicheres Lager gefunden. Sie haben dort gehaut die Banden. Wenn die Zeit zum Angriff gekommen war, wurden bestimmte Signale gegeben und die Schlägerkolonnen gingen dann zum Sturm über. Ganz getaner „Arbeit“ wurde die Parole herausgegeben: „Machung, Armbänder ab, Säbel weg! Zurück! Heberfülle über die Kommunisten beauftragt. Die Rotenordnung verbietet es uns, selber, unsere offene Meinung über die diese ziemlich deutlich in Erscheinung tretende Harmonie zwischen Nazis und gewissen Polizeibeamten auszusprechen. Wenn man die Polizeiberichte liest, dann könnte man fast meinen, daß die Nazis jetzt nicht diktieren.

Die Arbeiterfront ist nicht länger gegen, diesem terroristischen Treiben der Nazihandeln ruhig zuzusehen. In den antisozialistischen Kampfanforderungen, auf die Stempelstellen und in den Betrieben müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu dem organisierten Naziterror Stellung nehmen und die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit in Zukunft derartige feige Überfälle des Faschistengeheils auf wehrlose Arbeiter unmöglich gemacht werden.

Nazis schlugen einen Jungarbeiter blutig

Ein weiterer nationalsozialistischer Überfall auf einen geliebten freder Art ist am Donnerstag nachmittag gegen 1 Uhr, also am helllichten Tage am Leipziger Turm auf zwei Jungarbeiter verurteilt worden. Eine ganze Horde von Nazis fiel über zwei junge Arbeiter her. Die hundertköpfigen Schläger schlugen auf offene Straße beauftragt. Die Rotenordnung verbietet es uns, selber, unsere offene Meinung über die diese ziemlich deutlich in Erscheinung tretende Harmonie zwischen Nazis und gewissen Polizeibeamten auszusprechen. Wenn man die Polizeiberichte liest, dann könnte man fast meinen, daß die Nazis jetzt nicht diktieren.

Erneute Überfälle der Nazis auf Arbeiter

Gestern abend, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr, fanden in verschiedenen Stadteilen von Halle erneute Überfälle von Nationalsozialisten auf Arbeiter statt, wobei von den Nazis scharf geschossen wurde. Mehrere Arbeiter wurden von den nationalsozialistischen Terrorgruppen vereweltet. Von der Polizei wurde wieder Jagd auf die Arbeiter gemacht. Mehrere Arbeiter wurden dabei verletzt. Verschiedene Pallastien behaupten, daß aus dem Polizeipräsidium in später Nachtstunden Personen in des Krankenhaus übergeführt wurden. Ist das die Folge von Mithingungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden haben?

Dringmaschine • billig • Gummi-Bieder



Die Massen greifen an!

In den vier Wochen, die der „Klassenkampf“ verboten war, hat die Erwerbslosenbewegung einen mächtigen Aufschwung genommen. Die Erwerbslosen werden sich ihrer Macht bewußt. Sie beginnen, in Massen geschlossen aufzutreten und für ihre Forderungen zu kämpfen. Wo das geschieht, sind die Behörden machtlos; sie müssen die Forderungen der Erwerbslosen bewilligen.

Wir kämpfen vorwärts!

Die Massen wollen hören, was die Kommunisten zu sagen haben

Das Verbot des „Klassenkampfes“ wurde von der Partei mit einer Blut- und Verwundungen beizumehren. Alle diese Verwundungen waren überflüssig. Gleichzeitige Verwundungen der Nationalisten hatten nicht annähernd einen solchen Massenauflauf aufgewiesen.

In Halle wurden an einem Abend fünf gut besuchte Versammlungen durchgeführt. Die Massen wollten hören, was die Kommunisten die politische Lage des Tages beurteilen, sie verlangten häufig eine Wiederholung solcher politischen Informationsabende. Einen besonders glänzenden Verlauf nahmen an einem anderen Abend drei Versammlungen, die der ehemalige Führer des Roten Frontarbeiter-Bundes, Leo o. p., in Halle und Merseburg durchführte. Die Gäste konnten die Massen nicht lassen. An neun Schichten in der Halle durch eine Angelegenheitenkommission der Angelegenheiten, in der der Genosse Wilhelm Koenen vor einer großen Zahl von Angehörigen die Ausschließlichkeit des kapitalistischen Systems und die Ziele der kommunistischen Partei darlegte. Bei einer Protestversammlung gegen die Verschickung des SPD Halle im Stadtkreisbauhaus fanden Hunderte keinen Weg mehr.

In allen größeren Orten des Bezirkes fanden gleichfalls Massenversammlungen statt. In Wittenberg, Zeitz, Bitterfeld, Mühlhausen, Korbau, in Halle, in der Provinz, in allen Verwaltungen. In Korbau wurde ein großer Massenauflauf erzielt, der die Bürgermeister aus Korbau vor dieser Massenpropaganda ableitete. In Halle wurde ein großer Massenauflauf erzielt, der die Bürgermeister aus Halle vor dieser Massenpropaganda ableitete. In Halle wurde ein großer Massenauflauf erzielt, der die Bürgermeister aus Halle vor dieser Massenpropaganda ableitete.

Der Kampf gegen den Faschismus führte in Rattmannsdorf, Sangerhausen, Bitterfeld, Wittenberg und Halle Kampfschritte, die durch einen glänzenden Verlauf nahmen und bei denen mit sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitern lebhaft Diskussionen geführt wurden.

Note Selbsthilfe überall

Auch in Wittenberg befleht die Erwerbslosen das Rathaus, um gegen die Kürzung der Unterhaltungen zu protestieren.

Groß angelegt war die Aktion der Erwerbslosen im Kreise Liebenwerda. Nachdem die erste Erwerbslosen-Delegation von Wittenberg nach Liebenwerda geschickt worden war, wurden in sämtlichen Orten des Kreises Arbeitslosen-Delegationen der Erwerbslosen geschickt. Die am 8. Oktober gemeinsam ihre Forderungen dem Landrat vorzutragen. Der Landrat mußte die Delegationen empfangen und mußte ihnen Zugeständnisse machen.

In Zeitz wurde die gemäßigten Wohlfahrts-Erwerbslosen vom Schwärzer Graben dadurch, daß sie mit Frau und Kindern aus dem Rathaus zogen, die sofortige Ausschaltung der Unterhaltungen und die Voraussetzung der Miete.

In Helftra traten 90 Pflichtarbeiter, die auf dem Rittergut Spielberg für einen Hundebau Kartoffeln roden sollten, in den Streik und unterbreiteten ihre Forderungen dem Gemeindevorsteher. Alle ihre Forderungen wurden reiflos bewilligt.

In Wittenberg traten ebenfalls die Wohlfahrts-Erwerbslosen, die bei Tischbein beschäftigt waren. Sie ergriffen unter Führung des roten Betriebsrates eine Lohnkollage.

Die Erwerbslosen von Dösa stellten der Gemeindevorwaltung ein Ultimatum. Sie verlangten Arbeitsbeschaffung, Mieteumgang von Holz, Kohle und Kartoffeln, Zahlung der Miete durch die Gemeinde, Beschaffung von Kleider- und Schuhen für die Kinder. Angesichts der Komplexität der Erwerbslosen wurden alle diese Forderungen erfüllt.

Die Wohlfahrts-Erwerbslosen von Müßberg, die jetzt zur Vorkampagne in der Zuckerfabrik beschäftigt werden und denen die erhaltene Unterhaltung von ihrem Lohn abgezogen werden soll, haben in einer Massenversammlung in Müßberg beschloßen, beim ersten Zerwürf eines Abzuges sofort in den Streik zu treten.

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus den Aktionen, die von den Erwerbslosen mit Erfolg an unzähligen Orten durchgeführt wurden. Dieser Widerstand der Erwerbslosen zwingt die Bourgeoisie, in jedem Arbeitslosen zu großen (Großes) Ansehen zu gewinnen. Es ist eine alte Erfahrung: Je mehr die Bourgeoisie von oben den Druck erfährt und mit Gewaltmitteln verfehlt, die Lebenshaltung der Erwerbslosen noch weiter herabzusetzen, um so wichtiger und mächtiger wird der Gegenstoß der Hungerarmee von unten.

Der rote Freitag in Merseburg

Die Merseburger Erwerbslosen, die in geschlossener Einheitsfront marschieren, erließen am vergangenen Freitag einen gewaltigen Streik. Schon in der Woche vor dem roten Freitag legten sie dar, daß die Erwerbslosenunterstützung für volle 6 Tage ausgesetzt wurde, obwohl das Arbeitsamt nur 5 Tage auszahlen wollte, infolge einer sogenannten „technischen Umstellung“. Am Arbeitsamt hatte man danach einen Hinweis herausgebracht, daß man bei der nächsten Zahlung nur 5 Tage auszahlen würde.

Unter dieser Befristung hatten die Erwerbslosen die bemerkenswerten Worte geschrieben:

„Wenn wir wollen!“

Und am roten Freitag zeigte es sich, daß die Bemerkung keine Phrase war, denn trotz Massenauflauf von Polizei wurden die Erwerbslosen nicht von der Stelle. Das Arbeitsamt wurde den ganzen Tag belagert. Zweimal wurden Gummistempelplatteln durch die Polizei gegen die Erwerbslosen unternommen, beim dritten Streik sah sich die Polizei gezwungen, seinen Mannschaften zum Rückzug zu plamen. Bürgerliche Presse schreibt, daß die Massen eine drohende Haltung eingenommen hätten und daß man in Zu-

kunft viel energischer vorgehen müßte, wenn die Staatsautorität gewahrt bleiben sollte.

Begleitet hatten die Erwerbslosen fundenlang von dem Arbeitsamt aus. Kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, auch irreguläre Polizisten fanden Geflossen. Eine Delegation wurde geschickt. Sie wurde nachteilig auf dem Weg zum Rathaus und bei dem sozialdemokratischen Bürgermeister im Rathaus. Die Telefone kamen nicht zur Ruhe.

Nach dem die Herren von den genannten Behörden überzeugt hatten, daß die Massenwiderstand am Arbeitsamt die schärfsten Formen angenommen hätte, machten sie die Zugabe, daß die Stadt für den an der Erwerbslosenunterstützung fehlenden letzten Tag einen Ausgleich in Höhe der Zurück-

Auf dem Wege zur Einheitsfront

Zerlegung in der Zeitzer und Nordhäuser SPD — Uebertritte zur SPD im ganzen Bezirk

In der Zeitzer Hochburg der „Linken“ gelingt es den Kaskaden des Berliner Vorparades, den Zeitzern und Bergschützern trotz aller zahlreichsten Demagogie nicht mehr, die empörten Mitglieder bei der Gänge zu halten.

Eine Unterbrechungsleistung der SPD beschloß mit 86 gegen 8 Stimmen den Uebertritt zum Sozialdemokratischen.

Auch Dr. Karcic und Schmidt, Zeitz, sowie der erste Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Zeitz, Müller, sind aus der SPD ausgetreten, haben aber ihren Eintritt in die SPD noch nicht vollzogen. Ihr Verhalten ist schwankend. Sie entscheiden wohl die Einheitsfront mit den Kommunisten, fürchten aber, ihre Stellungen zu verlieren.

Auch in der Nordhäuser SPD, die ja ebenfalls „links“ ist, herrschen bedeutende Schwankungen und Unklarheit. Man erwartet, daß Rosenfeld in der nächsten Zeit dort spricht, um den ganzen Unterbezirk für seinen Boden zu gewinnen. Wenn es die Kommunisten vertrieben, kameradschaftlich und loyally mit den schrankenlosen SPD-Arbeitern zu diskutieren, dann wird ihm das nicht gelingen, kann werden die Vorherrscher Sozialdemokraten alle den Weg gehen, den als erster der frühere SPD-Generalsekretär W. I. gegangen ist.

Er hat am vorigen Sonntag in einer SPD-Mitglieder-Versammlung seinen Austritt aus der SPD erklärt und ist am Sonntag in die SPD eingetreten. In Wolfenbüttel sind 52 Parteimitglieder von 52 Parteimitgliedern im Uebertritt in die SPD.

In Artern hat der Genosse Robert Barthelemy zur SPD vollzogen. Erklärung seinen Uebertritt von der SPD zur SPD.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der SPD, Dr. O. v. d. W. und meinen Eintritt in die SPD, da ich mit der Politik der SPD-Führer nicht mehr einverstanden sein kann und da ich der Zeitzer Partei Führer täglich an der Arbeiterschaft vollziehe. Darum fordere ich alle ehrlichen SPD-Arbeiter auf, den gleichen Schritt zu tun. Nur auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes kann die Arbeiterschaft liegen. Auch mit der neugegründeten SPD kann ich mich nicht einverstanden erklären, da es eine Verschickung der proletarischen Kräfte ist. Nur unter der Führung der SPD können wir den Kapitalismus zum Teufel schicken und ein sozialdemokratisches aufbauen.

Im Kreis Merseburg sind bereits seit einigen Wochen zwei Gemeindevorsteher der SPD aus Müßberg zur SPD übergetreten. Zwei vornehme der rote Freitag in Merseburg einen 31 Jahre in der SPD wirkenden Arbeiter zum Uebertritt in die SPD.

Als der „Klassenkampf“ verboten wurde, (Mitte September) betrug die Zahl der Arbeitslosen in Mitteldeutschland 390.000, gegenüber den vier vorhergehenden Wochen war eine Steigerung von 600 zu verzeichnen, heute dürfte die Arbeitslosigkeit im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet die Zahl 400.000 bereits überschritten haben.

In der Zeit von 1. bis 15. September waren in Mitteldeutschland nicht weniger als 37 Betriebe stillgelegt worden. Es ist unmöglich, all diese Zusammenbrüche, Konturle usw. die in den letzten Wochen in Mitteldeutschland eingetreten sind, aufzuführen. Nachfolgend werden wir nur eine aussagekräftige Aufstellung von Betriebsstilllegungen und Konturle, aus unteren Teilen ein Bild von den katastrophalen Folgen der Zusammenbrüche der hundert fertigtsten Betriebe zu geben.

Die Zuckerfabrik in Schöps ist für sämtliche Arbeiter und Angestellten gefährdet. Die Fabrik soll vollständig zum Erliegen kommen.

folgende Tabelle, und daß ferner jeder Erwerbslose noch eine bestimmte in Höhe von 2 Mark und 10 Pfennig erhalte.

Der Ausgleich wurde am Freitag noch voll ausgeführt. Doch größer als dieser materielle ist der politische Erfolg zu werden, denn die Merseburger Erwerbslosen haben alle begriffen, daß der Weg der revolutionären Einheitsfront zum Ziele führt. Die reformistischen Führer Zehnagen, O. Z. u. l. und Konturle sind vollkommen abgelehnt; die Massen verachten sie. Zehnagen hat ganz gekündigt. Die Aktion ist ja links! Gegen den Abzug ist nichts mehr zu machen.“ Und als er den Bericht über die durch den Massenauflauf erfolgreichen Verhandlungen mitteilte, hielt er es für stülger, zu verzeihen.

Der revolutionäre Erwerbslosenausschuss und die kommunistische Stadtparteiorganisation gaben durch den Genossen Koenen über die erfolgten Verhandlungen den Bericht. Er wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Polizei wollte eine „verbotene Versammlung“ konstatieren und den Weg räumen. Das gelang ihr nicht, der Bericht wurde gegeben.

Der rote Freitag in Merseburg hat dem letzten Erwerbslosen-gezeiten die letzten Unterhaltungsabzug und Walfeldern nur der konzentrierte Kampf unter Führung der kommunistischen Partei heißen kann.

Die Merseburger Erwerbslosen sind bereit, alle die Betriebsarbeiter, besonders die Leuna-Proleten, bei allen Kämpfen zu unterstützen.

Dieser Kollege hatte während der Erwerbslosenaktion mit dem SPD-Parteiführer Kämpf gesprochen und diesen gesagt: „Die Erwerbslosen kämpfen unter Führung der Kommunisten gegen den Abzug des letzten Tages. Warum seid ihr denn nicht dort?“ Darauf hat Kämpf erwidert:

„Was haben wir damit zu tun!“

Diese Behauptung hat dem ehemals sozialdemokratischen Arbeiter den letzten Stoß gegeben, mit der SPD zu brechen und zur kommunistischen Partei überzutreten. Dem SPD-Führer warf er sein Mitgliedsbuch vor die Füße, und unteren Genossen gab er folgende Erklärung ab:

Erklärung!

Merseburg, den 14. Oktober 1931.

Seit dem Jahre 1900 bin ich in der Sozialdemokratischen Partei, zuerst in Ostpreußen, dann in Deutschland, organisiert. Ich erkläre, daß die Politik und Taktik der SPD nicht mehr den Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Mit Entschiedenheit ist zu erklären, anlässlich der Erwerbslosenaktion am vergangenen Freitag, daß ich die Bürokraten der SPD nicht mehr um den Kampf der Arbeiter kümmern, ja daß sie getreu ihrer Politik des „Klassenkampfes“ alle Verschickungen der Arbeiterschaft schamlos mitmachen.

Ich lehne ab, daß nicht die Gründung einer neuen Kampfpartei, wie sie S. e. n. d. w. i. g. aufweist, für die Arbeiterschaft von Vorteil ist, sondern nur der Anbruch in die kommunistische Partei. Für die Arbeiterschaft ist das der einzige Weg, um den Faschismus in Deutschland zu schlagen und ein freies sozialistisches Deutschland zu errichten.

Ich lehne förmlich die sozialdemokratischen und Reichsbanner-Partei, wie sie S. e. n. d. w. i. g. aufweist, für die Arbeiterschaft von Vorteil ist, sondern nur der Anbruch in die kommunistische Partei. Für die Arbeiterschaft ist das der einzige Weg, um den Faschismus in Deutschland zu schlagen und ein freies sozialistisches Deutschland zu errichten.

Sozialdemokraten, erkennt, daß nur durch die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats unter Führung der SPD der Ausweg aus dem Chaos des kapitalistischen Systems möglich ist. Folgt meinem Beispiel: Her zur Partei Leninus, her zur roten Einheitsfront!

Für ein freies sozialistisches Deutschland!

gez.: Johann Lehmann, Merseburg, Grüne Str. 8.

Wir begrüßen alle diese Kämpfer in unseren Reihen. Wir werden, das Zweifeln in den nächsten Wochen den Schritt zur roten Einheitsfront tun werden. Im Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus sind die Sozialdemokraten unter Führung der kommunistischen Partei.

Mitteldeutsche Wirtschaft im Krisenfieber

Die Wirtschaftskrise zeigt auch in Mitteldeutschland verstehende Ausrichtungen. Nicht nur, daß keinerlei Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage vorhanden sind, die Krise verschärft sich von Tag zu Tag. Zahllose Betriebsstilllegungen, Zusammenbrüche und Konturle von mittleren und kleineren Unternehmungen und ein trügerisches Ansehen der Erwerbslosigkeit sind auch in Mitteldeutschland an der Tagesordnung. Neben den Betriebsstilllegungen und Zusammenbrüchen nimmt die Verschärfung der Finanznot vor allen Dingen in den Gemeinden ihren Fortgang. Viele Gemeinden müssen dazu übergehen, den Bankrott anzugehen und die Zahlungen einzustellen (Waldorf, Ammendorf), fast alle Gemeinden haben riesige Schulden aufzusammeln und haben ungünstige Bilanzverhältnisse zum Ausdruck der Vermögensverschlechterung. Eine Ueberlastung über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die mitteldeutsche Wirtschaft in der letzten vier Wochen, also während des Betreibes des „Klassenkampfes“, ergibt ein überaus buntes Bild.

Als der „Klassenkampf“ verboten wurde, (Mitte September) betrug die Zahl der Arbeitslosen in Mitteldeutschland 390.000, gegenüber den vier vorhergehenden Wochen war eine Steigerung von 600 zu verzeichnen, heute dürfte die Arbeitslosigkeit im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet die Zahl 400.000 bereits überschritten haben.

In der Zeit von 1. bis 15. September waren in Mitteldeutschland nicht weniger als 37 Betriebe stillgelegt worden. Es ist unmöglich, all diese Zusammenbrüche, Konturle usw. die in den letzten Wochen in Mitteldeutschland eingetreten sind, aufzuführen. Nachfolgend werden wir nur eine aussagekräftige Aufstellung von Betriebsstilllegungen und Konturle, aus unteren Teilen ein Bild von den katastrophalen Folgen der Zusammenbrüche der hundert fertigtsten Betriebe zu geben.

Die Zuckerfabrik in Schöps ist für sämtliche Arbeiter und Angestellten gefährdet. Die Fabrik soll vollständig zum Erliegen kommen.

Die Merseburger Substitutionswerke haben den Bankrott angemeldet, weitere Konturmeldungen aus allen Teilen Mitteldeutschlands:

Konturle über das Vermögen des Kaufmanns Beer in Korbau, alleiniger Inhaber der Firma S. H. M. Groh.

Konturle über das Vermögen des Bäckermeisters Bau in Giesleben.

Konturle über das Vermögen des Schlossermeisters Weid in Zeitz (Firma Weid & Koch).

Konturle über das Vermögen der Firma Philipp Rißner Heilbrunn.

Konturle über das Vermögen des Fabrikbesizers August Hinde, Ehemerda.

Konturle über das Vermögen der Inhaberin des Kaufmanns in Zeitz (Firma Weid & Koch).

Konturle über das Vermögen des Schneiders Paul Bauer in Müßberg.

Konturle über das Vermögen des Jarenhandlbers Haber in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Dienfabrik Richard Richter in Bernburg.

Konturle über das Vermögen des Fabrikanten Kreibitz in Zeitz (Firma G. Reinert & Co.).

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.

Konturle über das Vermögen des Inhabers der Schmitzwarenhandlung Wilmann in Eilenburg.



Sonnabend, den 17. Oktober 1931

Frauen streikten

Während der Vorbereitungszeit haben deutsche und polnische Landarbeiterinnen an verschiedenen Orten erfolgreich um höhere Löhne bei der Hadfruchternte gekämpft.

Auf dem Stadtplatz Langgäß in Torgau wurde den Frauen 11 Pfennig für den Jentner Kartoffeln geboten. Sie streikten einen ganzen Tag lang und erreichten dadurch eine Erhöhung des Lohnes auf 5 Pfennig, auf 10 Pfennig für den Jentner.

In Pfließ bei Ebneth wurden den Landarbeiterinnen für den Morgen 17 Mark, davon sollten nur 4,50 Mark in bar und der Rest in Naturalien gezahlt werden. Die Frauen haben diesen Schluß nicht angenommen, sondern haben die Arbeit stehen gelassen. Sie zwangen damit den Gutsherrn zu wesentlichen Zugeständnissen.

In Krotitz sind die Landarbeiterinnen ebenfalls in den Streit getreten unter Führung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter. Der Erfolg ihres Kampfes ist, daß ihnen an Stelle eines vollständig ungenügenden Lohnes nach dem Tarif bezahlt werden muß. Es konnten 24 Rußnahmen für den 25. gemacht werden.

Diese Frauen gegen den gesamten Landarbeiterlohn ein Leuchtendes Beispiel. Sie haben bewiesen, daß es möglich ist, durch den Streik die Pläne der Junker zu durchkreuzen und höheren Lohn zu erzwingen.

Bitterfeld-Wittenberg

Antwort auf das „Klassenkampf“-Verbot

H. A. Bitterfeld. Als das Organ der „Verträtigen“ nach kurzem Erscheinen wieder verboten wurde, sagten viele Leser: „So ist es nur verdammt, wir bleiben doch lieber unserer Zeitung und lesen sie wie die Wägen gar keine bekommen.“ Wie tief der „Klassenkampf“ bei den Bitterfeldern verankert ist, zeigt die Tatsache, daß auch während des Verbotes neue Leser gewonnen wurden.

Die Ortsgruppe Bitterfeld hat zum 1. Oktober neue Leser gewonnen und zum 1. November sind es schon wieder 5 neue Leser.

Wies freut sich auf den Sonnabend, wo der „Klassenkampf“ wieder kommt. Die sozialdemokratischen Parteipräsidenten mögen antworten, was sie meinen, und wenn sie nicht verbieten, aber die Sympathie und die Solidarität für die revolutionäre Zeitung können sie nicht verbieten.

Die Ortsgruppe Bitterfeld hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Zeitungsliefer bis zum 1. Dezember wenigstens um 5 Prozent zu erhöhen.

Bei der SPD gelandet

Das sozialdemokratische „Klassenblatt“ und die „Freie Presse“ sind in diesen Tagen eine Freundschaft. Worüber haben sich denn diese armenigen Winkelblättchen der SPD geteilt? Sie freuen sich über eine politische Verleumdung, die in ihrer Gänze gelaufen ist. Die Verleumdung hat sich bei Bitterfeld und heißt Chemnitz, Kamohs, Otto Chemnitz, der ehemalige Revolutionär hat freiwillig seinen Eintritt in die herrschende Partei Deutschlands (SPD) erklärt. Darob großer Jubel in der „Freien Presse“, die Arbeiter von Reichlich und alle Arbeiter, die Chemnitz kennen, werden aber sagen: „Da geht er auch hin!“ Chemnitz hat keine revolutionäre Gesinnung in den Schmutz getreten und sich an die Rotverordnungsregierung verkauft. Für ein einträgliches Gehalt hat sich Chemnitz zum Werkzeug der Durchführung der Rotverordnungen der Brüning-Regierung zur Ausplünderung der wertvollsten Bevölkerung von Reichlich gemacht. Als treuer Befehlshaber der Rotverordnungen gehört er natürlich auch in die Rotverordnungspartei, in die SPD. Chemnitz gehört heute zu den Kretzern an der Arbeiterbewegung, die der proletarischen Klasse völlig entfremdet und sich mit Haut und Haaren der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung verkauft haben. Aber solche Leute können ihr veräulertes Streben gegen das Proletariat nur so lange fortsetzen und ihre Kräfte vom kapitalistischen Staat nur so lange entgegnen, so lange der Kapitalismus lebt. Auch Chemnitz ist so töricht, zu hoffen, daß der Kapitalismus im Interesse seines eigenen persönlichen Wohlstandes noch recht lange leben möge. In diesem Punkte aber betrübt er sich genau, wie alle seine Kameraden, die inzwischen im Lager des Sozialfaschismus gelaufen sind. Der Kampf der Arbeiterklasse aber wird durch solche Elemente nicht im geringsten beeinträchtigt werden. Je klarer die Fronten, desto besser der Kampf und desto auskömmlicher der Sieg. Das Proletariat wird den Sieg über den Sozialfaschismus erringen, auch ohne den vom Kapitalismus terrorisierten Bürgermeister Chemnitz aus Reichlich.

Die Kampffront im Dorf

Erfolge richtiger Bündnispolitik

Die Komiteebewegung

Bäuerliche Kampfkomitees sind die Organe, mit denen sich die Bauern gegen wucherliche Steuern, Pachten und Zinsen, gegen räuberische Wucherer, gegen die Verdrängung von der Scholle zur Wehr setzen. Auch die Bauern erkennen, daß sie von Staat und Behörden keine Hilfe zu erwarten haben, sondern daß sie sich selbst helfen müssen, und bei ihrer bäuerlichen Selbsthilfe einzig und allein von jenen der revolutionären Arbeiterklasse Unterstützung finden.

Am 4. Oktober haben die Kleinbauern besonders schwer unter wucherlichen Pachtverträgen, die sie vor Jahren unter ganz anderen Verhältnissen abgeschlossen haben. Sie führten monatelang einen verzweifelten Kampf um die Ermäßigung dieser Pachtzinsen. Alle ihre Bemühungen wurden vereitelt mit Hilfe der Sozialdemokratie und reaktionärer Gerichte.

In vier Dörfern haben sich die Bauern Kampfkomitees gebildet, um den Kampf für ihre gerechten Forderungen zu verteidigen.

Am 4. Oktober haben die Vertreter dieser Komitees in Reibitz zusammengekommen, haben ein Bezirkskomitee gebildet und einen Aufruf beschlossen, in dem die Bauern und Pächter des ganzen Bezirgs aufgefordert werden, sich zu veranlassen und ebenfalls Kampfkomitees zu bilden. Anfang Dezember soll dann ein Bauernkongress stattfinden, auf dem die Vertreter aller Komitees Delegierte aus allen Dörfern über die weiteren Maßnahmen des bäuerlichen Kampfes beraten.

Aufruf an alle Kleinbauern!

Die unterdrückten Kleinbauern und Führer von Bauernorganisationen sind am 4. Oktober zusammengekommen, um einen Aufruf zu jenen aus der ungenügenden und unter ganzem Verstand zu erteilen. Wir haben erkannt, daß sich die wertvollsten Bauern über alle bisherigen Verbände und Parteien hinweg die Hände reiben müssen, um ihr Recht selbst in die Hand zu nehmen.

- Senkung der überhöhten Pachtzinsen.**
- Niedererschlagung aller rückständigen Steuern.**
- Herabsetzung aller Steuern und Abgaben.**
- Verbot von Zwangsversteigerungen aus unseren Wirtschaften.**
- Verbilligung von Futter- und Düngemitteln.**
- Abgabe billigen Siedlungslandes.**

Das sind für uns lebenswichtige Forderungen, ohne deren Erfüllung wir zu Grunde gehen. Wir leben aber, daß die Regierung Brüning-Schiele uns nur immer neue Leiden aufbürdet. Diese Regierung, die unter dem Einfluß der Großgrundbesitzer und der „Reinen Front“ steht, hebt eine Jollpolitik durch, die wohl den Großgrundbesitzern Nutzen bringt, die aber uns Kleinbauern schwer lädelt. Diese Regierung hat noch hunderte von Millionen übrig für die Junker im Osten, aber den Wütenden der Bauern gegenüber ist sie taub. Diese Regierung treibt eine Siedlungspolitik, die den Städter nicht leben und nicht sterben läßt. Sie verschleppt seit Jahren eine Reform des Pachtrechtes.

Wir können von dieser Regierung keine Hilfe erwarten. Es gibt überhaupt keine Hilfe für uns, wenn wir uns nicht selbst helfen. Diese Regierung, die unter dem Einfluß der Großgrundbesitzer und der „Reinen Front“ steht, hebt eine Jollpolitik durch, die wohl den Großgrundbesitzern Nutzen bringt, die aber uns Kleinbauern schwer lädelt. Diese Regierung hat noch hunderte von Millionen übrig für die Junker im Osten, aber den Wütenden der Bauern gegenüber ist sie taub. Diese Regierung treibt eine Siedlungspolitik, die den Städter nicht leben und nicht sterben läßt. Sie verschleppt seit Jahren eine Reform des Pachtrechtes.

Wir rufen auf zur weiteren Tagung beschlossen, für Anfang Dezember einen Bauernkongress für die Kreise Sangerhausen-Nordhausen einzuberufen, auf dem wir mit den Berufsleuten aus allen Dörfern, mit den Vertretern aller bis dahin gebildeten Kampfkomitees und mit den Vertretern aller Bauernorganisationen, die mit uns zusammen kämpfen wollen, über Weg und Ziel unseres Kampfes beraten werden.

Wir rufen auf zum Kampf gegen Wucherzinsen und Steuern!
Wir rufen auf zum Kampf um den Acker!
Wir rufen auf zur Verteidigung unserer Existenzen!

- Albert Teintaus, Döringen, Gärtnere.
- Rudolf Döring, Gehöfen, Landwirt.
- Wilhelm Sicking, Sittenborn, Landwirt.
- Karl Schöber, Reibitz, Pächter.
- Wilhelm Heber, Reibitz, Pächter.
- Adolf Lange, Steinhalben, Pächter.
- O. Röber, Steinhalben, Pächter.
- Arno Krause, Steinhalben, Pächter.
- Hugo Schönemann, Steinhalben, Pächter.
- Johannes Reif, Steinhalben, Schmied und Pächter.

An anderen Orten haben die Bauern den Kampf gegen die unerhörte Erhöhung der Belastungen in Form von Beiträgen aufgenommen. In den verschiedenen Orten des Bezirks ist dieser Kampf aufgekommen. In Döbeln und Jüterbog im Saalkreis, in Müdenberg im Kreise Liebenwerda haben die Zwergbauern Kampfkomitees gebildet und sich geweigert, die erhöhten Beiträge zu bezahlen. In der nächsten Zeit werden Bauernversammlungen in großer Zahl stattfinden, über alle weiteren Komitees entstehen, so wie im Kreise Sangerhausen werden auch in anderen Gebieten im Laufe des Winters Bauernkongresse stattfinden.

500 Bauern kommen zur revolutionären Front

Zur Vertretung aller kleinen und großen Rechtsfragen (Steuer, Pacht, Siedlungsangelegenheiten) haben sich circa 500 Bauern unter der Führung eines bewährten Kenners aller bäuerlichen Angelegenheiten zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie haben aber sehr reich die bittere Erfahrung gemacht, daß von den Behörden und Instanzen des heutigen Staates ihr Recht mit Füßen getreten wurde. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Behandlung des Siedlungsantrages der Kleinbauern von Schwenial im Kreis Bitterfeld durch den sozialdemokratischen Landrat Stammer. In Schwenial ist eine Domäne von 1700 Morgen vorhanden, die zum Kaufpreis von 5 Mark pro Morgen an einen Domänenpächter verpachtet ist. Aus diesem Domänenland könnte mit Beihilfe der Landwirte der kleinen Bauern, die von ihren 6 bis 10 Morgen nicht existieren können, befreit werden. Nach den Bestimmungen des Siedlungsgesetzes wäre die Zuteilung von Land an die Kleinbauern im Wege der Zwangsversteigerung ebenfalls möglich. Aber der sozialdemokratische Landrat Stammer will dem Herrn Domänenpächter nicht nach. Die Interessen dieses einen Großgrundbesitzers sind ihm wichtiger als die Lebensinteressen von 50 Kleinbauernfamilien, die im größten Elend dahinsiechen.

Diese bitteren Erfahrungen, wie sie die Bauern der Notgemeinschaft in ähnlicher Weise an allen Orten machen mußten, haben die Bauern veranlaßt, eine engere Verbindung mit den revolutionären Arbeiterkreisen herzustellen. Sie haben beschlossen, sich mit ihrer ganzen Organisation dem Reichsbauernrat anzuschließen, der aus dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht und das enge Kampfbündnis zwischen Arbeiter und Bauern erzieht. Sie haben erkannt, daß erst eine Arbeiter- und Bauernregierung ihnen unentgeltliches Siedlungsland, Befreiung der untragbaren Pachtzinsen und Zinsentlastung, die den Interessen dieses einen Großgrundbesitzers sind ihm wichtiger als die Lebensinteressen von 50 Kleinbauernfamilien, die im größten Elend dahinsiechen.

Zusammenarbeit zwischen Komitees und Notgemeinschaft

Zwischen der Notgemeinschaft der Bauern und den bereits bestehenden bäuerlichen Kampfkomitees hat sich bereits eine enge Zusammenarbeit entwickelt. Der Vertreter der Notgemeinschaft hat die Vertretung der Rechtsfragen für die Bauern übernommen, die der Komiteebewegung angefallen sind, und es hat sich gezeigt, daß unter dem Walleindruck der Komiteebewegung die Behörden Zugeständnisse machen.

So war es sehr durch dieses enge Zusammenarbeiten zwischen der Notgemeinschaft und dem Komitee im Aufhängergebiet möglich, eine Zwangsversteigerung der Pachtzinsen durchzuführen, um die sich die Bauern bisher monatelang vergeblich bemüht hatten.

Auch hier haben wir, daß geschlossenes Auftreten und ächterer Kampfbündnisfähigkeit die Bourgeoisie und ihren Staat zum Nachgeben zwingen, daß die Bauern sich auf diesem Weg schon heute, wenn auch keine entscheidende Rettung aus ihrer Notlage, so doch einige Erleichterungen erkämpfen können. Aber sie werden in diesen Einsatzen Erfahrungen sammeln, sie werden Mut gewinnen und sich ihrer Kraft bewußt werden. Damit bereiten sie sich vor, um eines Tages Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse das kapitalistische System, unter dem sie leiden, zu stürzen und den Weg zu einem neuen freien Bauerntum freizumachen.

Nordhausen

Nordhausen während des „Klassenkampf“-Verbot

H. A. Nordhausen. Alle öffentlichen Versammlungen der Partei, der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen und der Gewerkschaften sind bis auf weiteres in Nordhausen verboten. Das Verbot wird begründet mit dem Erscheinen einer illegalen Zeitung „Trotz alledem“. Alle anderen Parteien können ihre Versammlungen durchführen.

Am Anschlag an eine Raubversteigerung, die von Kommunisten in großer Zahl besucht war, zog eine größere Menge durch einige Straßen der Stadt. In Sprechchören wurde gerufen: „Nieder mit dem Verklammerungsverbot gegen die Kommunisten!“ „Nieder mit dem reaktionären Bürgermeister!“ „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ Die Genossen Paul Steindt und Richard Riesel wurden angeklagt wegen Hochverrats und Geheimbündelverhaftung. Drei andere Genossen sitzen immer noch wegen der Zeitungsliefer „Trotz alledem“ in Haft. Bei dem Gelangnis werden um die Witternachtsstunde oft revolutionäre Lieber gelangen.

Der Unterschied zwischen

einer 3 1/2 und 4 Pf. Zigarette ist im Preis so winzig, daß er nicht mal durch das kleinste Geldstück angedeutet werden kann.

Aber der Genußwert unserer 4 Pf. Marke ist so viel größer, daß der Raucher deutlich merkt, wo er am besten auf seine Kosten kommt:

4 1/2 BULGARIA-STERN
die führende 4 Fig.-Qualitäts-Zigarette

Sammelt und tauscht untereinander Bulgaria-Film-Photos.

Proletarische Frauen in der Angriffsfront

Kampfkongress werttätiger Frauen des Bezirks Halle-Merseburg

Am Sonnabend, dem 10. Oktober, als in Hatzburg die Front des offenen Faschismus zuammentrat, tagte in Schleuditz der rote Frauenkongress gegen Hunger, Not und Faschismus, für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit. In den Nachmittagsstunden zückten die ersten Kolonnen an Autos und Lastzüge bringen die Frauen delegierten nach Schleuditz.

Aus allen Teilen des Bezirks Halle-Merseburg sind die werttätigen Frauen erschienen: aus den Giftdöhlen von Bitterfeld, aus Zeina, aus Hunger-Mersefeld. Frauen, deren Männer seit Jahren erwerbslos sind, alle zusammen wollen mithelfen, die rote Einheitsfront zu schmieden. Trost und Ziel bewahrt erhallt der Gedank der „International“. Während Spieler mit Kampf vor dem ersten Schritt der ausgebrauten Frauen. Sozialdemokratische und nationalsozialistische Reaktionsparteien Quartiere für die werttätigen Frauen zur Verfügung.

Sonnabend nachmittag beginnt die Konferenz.

254 Delegierte und über 100 Gäste, sämtlich aus dem Bezirk, sind dem Ruf zur Kampfkongress gefolgt

Nach den Begrüßungsansprachen der verschiedenen proletarischen und revolutionären Organisationen ergreift die Genossin Marie Hlbers das Wort zu ihrem Referat. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellt sie den Vortritt des kapitalistischen Systems, den sie nach allen Seiten hin beleuchtet. Demgegenüber zeigt sie den werttätigen Frauen den Aufstieg der Sowjetunion, dem Vaterland aller Werttätigen. Genossin Hlbers zeigt lobend die Aufgaben, die den werttätigen Frauen in dieser Situation gestellt sind. Überall gilt es gerade auch für die Frauen, als rote Helfer mitzuwirken, den Kampf mit organisieren zu helfen gegen jeden Feind Böhs- und Unterdrückungsstand bis zum politischen Massenstreik. Genossin Hlbers zeigt an Hand vieler Beispiele auf, wie die werttätigen Frauen gerade in unserer Zeit sich an den Kämpfen gemeinsam mit den Männern beteiligt haben. Die Frauen werden mithelfen an der Gewinnung und Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiterinnen, der proletarischen Frauen, die sich noch in bürgerlichen Organisationen befinden.

In der Diskussion sprachen eine Reihe von Arbeiterinnen aus den verschiedensten Betrieben. Landarbeiterinnen, Angestellte und Arbeiterinnen kamen zu Wort. Aus allen Diskussionen sprach die anwachsende Empörung. „Recht ist es genug, wir wollen und müssen den schärfsten Kampf führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung — das war der häufig wiederkehrende Ruf.“

Eine Betriebsarbeiterin, die von ihren Kolleginnen zur Konferenz gemöndt worden war, schildert den großen Einbruch, den sie von dieser Konferenz gewonnen hat. Durch diese Konferenz hat sie sich überzeugen lassen, daß es notwendig sei, mit dem jetzigen System zu brechen. Sie erklärt ihren Eintritt in die kommunistische Partei.

Das ist nur eine von vielen.

Im ganzen sind es 36 werttätige Frauen, die als Delegierte auf dem Kongress erschienen waren, die ihren Eintritt in die KPD vollzogen.

Neben ist es wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht möglich, daß alle Delegierten zum Wort kommen. Um aber ihr Herz zu erleichtern, bekennt eine Reihe von Frauen schriftlich ihre Meinung über das, was sie gehört haben. Besonders die parteilosen Delegierten — mehr als 50 Prozent waren auf dieser Konferenz vertreten — äußerten in der Laufe immer wieder: diese Konferenz war ein ganz großes Erlebnis für uns. Wir sind glücklich, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben. Es ist uns wie Schuppen von den Augen gefallen. Wir dürfen nicht mehr tatenlos zuschauen, wir müssen aktiv mitkämpfen.

Anschließend an die Kampfkongress fanden in Schleuditz und Weiskin Massenkundgebungen der Einwohner und der Delegierten statt. Dort zeigte sich die enge Verbundenheit der Werttätigen mit den Frauen delegierten. In beiden Kundgebungen sprach eine amerikanische Klassen genossin und eine Genossin aus der Schweiz. Beide schilderten die Lage der Werttätigen in ihren

Ländern und riefen den Delegierten zu, die Einheitsfront über die Grenzen hinauszutragen, allüberall zu kämpfen für ein Sowjetdeutschland.

Die Entschließung des Kongresses

Die am 10. Oktober in Schleuditz tagende Delegiertenkonferenz werttätiger Frauen des Bezirks Halle-Merseburg steht im Zeichen des verheerenden Kampfes gegen die faschistische Weimarer-Diktatur und der neuen Lohnraubwelle der Unternehmer, die mit Hilfe der Generalkriegsministerie durchgeführt wird. Notverordnungen über Notverordnungen sollen das hungernde werttätige Volk „hott“ machen. Immer breitere Schichten verfallen dem Elend. Tausende von Weimarer-Kindern werden vernichtet. Über 15 Milliarden Mark wurden in den letzten 1 1/2 Jahren den werttätigen Massen durch die Hunger- und Notverordnungsnotwendigkeit der faschistischen Weimarer-Regierung und ihrer national- und sozialfaschistischen Verbände geraubt. Dadurch ist die Kaufkraft geschwächt und breite Teile des Kleinergewerbes und des Mittelstandes werden in die Massenverelendungstiefe hineingeworfen. Tausende von Beamten und Angestellten werden die Gehälter und Löhne abgebaut. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden aus dem Produktionsprozess geworfen. Vor all den volksfeindlichen Maßnahmen werden am schärfsten die werttätigen Frauen und Mädchen ergriffen.

In der chemischen Mitteldeutschlands, der Rüstammer des deutschen Imperialismus, werden die hitzige produziert. Dort arbeiten die Frauen und Mädchen unter den schlechtesten gesundheitlichen Verhältnissen bei Hungerlöhnen.

In Hungerramsfeld will die Mansfeld-WG von den Hungerlöhnen noch 12 Prozent rauben. Durch Stilllegungsanordnungen sollen die Bergarbeiter gefällig gemacht werden. Während der kapitalistische Staat kein Geld für Erwerbslose und hungernde Familien hat, gibt die neue Notverordnung für die Mansfeld-WG 3 Millionen Streuungsgeld als Staatszuschuß.



Genossin Hlbers spricht während der Sonnabend-Kundgebung auf dem Thielplatz in Halle.

Die Lage der Landarbeiterinnen tritt durch die brutale Ausbeutung immer tiefer in den Vordringenden. Das Erwerbslosentum wird von Tag zu Tag größer. Von 4 1/2 Millionen Erwerbslosen, darunter 1 Million erwerbslose Frauen, erhalten nur 50 Prozent Unterbringung. Die Unterbringungsplätze werden ungenutzt gelassen, die Unterbringungsdauer wird herabgesetzt.

In Mitteldeutschland erhalten ledige und verheiratete Frauen Hungerunterstützungen von 2.50 bis 4.50 Pf. Dafür verlangt der kapitalistische Staat eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden.

Der Gesundheitszustand wird immer katastrophaler. Die Tuberkulose greift weiter um sich. Kinder müssen mit nütternem Magen und notdürftiger Kleidung zur Schule. Kaum sind sie in der Lage, dem Unterricht zu folgen.

Die Bourgeoisie und ihre faschistischen Frauenverbände versuchen durch die nationale Koffizie die werttätigen Frauen für sich zu gewinnen, sie abzurufen vom Massenkampf. Die werttätigen Frauen sind aber nicht mehr gewillt, ihre Familien verhungern zu lassen und helfen der nationalen Koffizie der Bourgeoisie die rote Koffizie der Werttätigen entgegen. Die werttätigen Frauen marschieren in der roten Einheitsfront für die Organisation von Streiks in den Betrieben gegen jeden Verstoß Lohnraub unter Führung der KPD und KGD. Die werttätigen Frauen sind aber nicht mehr gewillt, ihre Familien verhungern zu lassen und helfen der nationalen Koffizie der Bourgeoisie die rote Koffizie der Werttätigen entgegen. Die werttätigen Frauen marschieren in der roten Einheitsfront für die Organisation von Streiks in den Betrieben gegen jeden Verstoß Lohnraub unter Führung der KPD und KGD. Die werttätigen Frauen sind aber nicht mehr gewillt, ihre Familien verhungern zu lassen und helfen der nationalen Koffizie der Bourgeoisie die rote Koffizie der Werttätigen entgegen. Die werttätigen Frauen marschieren in der roten Einheitsfront für die Organisation von Streiks in den Betrieben gegen jeden Verstoß Lohnraub unter Führung der KPD und KGD.

Es lebe die Einheitsfrontbewegung der werttätigen Frauen! Es lebe die gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit!

Es lebe die kommunistische Partei, die Führerin des Proletariats!

Wird das Stidstoffwert Bickertis Killegelegt?

Der Unternehmerfuchst Balfiner geht wieder hauieren Chemieproleten handelt über den Territor hinweg

W.A. Wieder soll ein neuer Druck auf die Stidstoffgesellschaft ausgeübt werden, wieder wie im April 1930, wie zu Weihnachten 1930, wie im Frühjahr dieses Jahres soll die Drohung mit der Stilllegung der Bickertis genügt werden und es den Beiratsmitgliedern von Schrage der Bickertis und Balfiner erleichtern, ihre erbärmliche Territorrolle gegenüber der Unternehmer spielen zu können. Debesmal ist derselbe Druck angewandt worden, wenn Massenentlassungen vor der Tür standen, aber wenn eine neue Lohnreduzierung durchgeführt wurde. Debesmal wurde die Bickertis beauftragt mit dem „Heinrich Hebel“ über die Massenentlassungen wurden doch durchgeführt, der Lohnabbau fast hoch, und nun, wie wir vor dem 31. Oktober stehen, geht das alte Theater wieder von vorn los. Der Stilllegungsantrag soll schon in Berlin liegen.

Was aber tut Balfiner, was der Fabrikarbeiterverband, um die Bickertis aufzurichten? Als treuer Unternehmerrecht erklärt Balfiner in der Betriebsratung, daß die Unrentabilität des Unternehmens die Stilllegungsmöglichkeit als Notwendigkeit erscheinen laße. Der erbärmliche Feigling Balfiner will der Bickertis den Glauben an ihre Kraft, den Glauben an die Möglichkeit eines Streiks nehmen, getreu dem Ausspruch seines Bekannungs genossen Hebel, der in Halle erklärte, daß es in der jetzigen Zeit Bickertis sei, zu streiken.

Sobort muß eine Belegschaftsversammlung gefordert werden. Neben dem Kopf des Balfiner und sonstigen Generalkriegsministern hinweg muß die Belegschaft den Kampf aufnehmen gegen jede weitere Belegschaftsvereinsnahme der Bickertis, gegen jede Entlassung. Es geht um alles, es geht um die Existenz der Arbeiterklasse.

Werbt für den „Klassenkampf“

Jetzt wieder

Lanella

GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten

R.M. 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE

★GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!



PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN

PROLETARISCHES FEUILLETON

4 Wochen KULTURREAKTION

In den letzten vier Wochen hat die Kulturreaktion harte Arbeit geleistet. Mehr geleistet, als in den Monaten und Jahren, die diesem Herbst vorangingen. Sie hat sich nicht mit Eingefüllten begnügt, sondern versucht, die noch vorhandenen geistlichen Grundlagen einer proletarisch-revolutionären Kulturarbeit aus der Welt zu schaffen.

Die Reaktion hat in ihrer neuesten Nummer neben vielen anderen Paragrafen der Weimarer Verfassung, in denen die Grundrechte des deutschen Staatsbürgers niedergelegt sind, auch den Artikel 118 gestrichen, der besagt, daß jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift, Druck, Bild oder sonstiger Weise zu äußern. Er hat es nun ganz und gar nicht mehr. Kunst, Literatur sind frei — soweit die Polizei nichts dagegen hat. Die neue Rotverordnung hat in ihrem 7. Teil einen Paragrafen 6 geboten, der auch mit den allerletzten Resten eines freien künstlerischen Schluß macht.

Danach kann der Innenminister durch die Oberprüfstelle auch nachträglich jeden Film verboten lassen. Der Reichsminister des Innern, zu jener Zeit noch Herr Brüning, hatte es eilig und verbot noch am gleichen Tage den Dönnhoff-Film „Entschlossenheit“, dessen hohen künstlerischen Wert sogar die bürgerliche Presse vom „Vorwärts“ anerkennen mußte. Herr Brüning verbot ihn „aus grundsätzlichen Erwägungen“. Zu diesen grundsätzlichen Erwägungen konnte nur eine Tatsache herangezogen werden: daß der Film den ganzen Entschlossenheit zeigt, mit dem man in der Sowjetunion den fünfjährigen Aufbau baut. Das genügt.

Der Film „Was uns Leben“ läuft noch. Das heißt — für Ermahnende. Für die Jugend wurde er am 29. September von der Filmoberprüfstelle verboten. Mittlerweile mußte man ihn auf der anderen Seite für vorbildend und künstlerisch wertvoll erklären.

Am 28. September traf das Verbot der Filmoberprüfstelle einen von den Sanitätsoffizieren hergestellten Spanienfilm.

Der Münchener Polizeibehörde hingegen sagte der Grenzschutz „Lied vom Leben“ nicht zu, und sie verbot ihn. Warum?

um? Weil er die Vorgänge bei einem Kaiserschnitt schildert und somit — die Gesundheit der Zuschauer gefährdet. Und weil überdies das Lichtspieltheater, in dem der Film lief, durch regelmäßige Führung von Sompfjungen schon vielfach Anstoß erregte! Originelle Idee einer rühmigen Polizeidirektion.

Am 27. September wurde der Arbeiterkulturtag in Bonn verboten.

Ende September verbot die Polizei dem Dichter Erich Kästner, öffentlich über seine Reise durch die Sowjetunion zu sprechen. Am 8. Oktober folgte das Verbot, seine Gedichte öffentlich zu registrieren.

Mit diesen wichtigsten Maßnahmen der beamteten Sozialistischen Weltreise in der unbeamteten. Wir registrieren den Hinweis auf den „Gemäßigten Chors Groß-Berlin“ aus dem deutschen Arbeiterjugendbund. Das ist jener Chor, der unter Leitung Kants größere Werke der revolutionären Musik, darunter die „Mahnworte“, ausführt hat.

Sehr aktiv zeigten sich die Sozialisten auch im SED. (Schülerbund Deutscher Schriftsteller). Hier werden die Robert Kreuer einfach die Spaltungstatistik der freien Gesellschaften an. Die Opposition ist zu stark — in Berlin führt sie die Mehrheit der Schriftsteller — also: hinaus mit ihr. Unter diesen Schriftstellern, die vom Hauptvorstand über ihren Ausschluß verständigt worden sind, befinden sich Johannes R. Becher, Erich Weinert, Erich Weinert, Ernst Kästner, Hermann Bredow, Maria Reiner, Alfred Kurella, Ludwig Renn und viele andere.

Der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft ist in den letzten Monaten aus dem letzten „Optimismus“ für geworden. Die hier angeführten Maßnahmen der deutschen Regierung an der Kulturfront sind sehr berechtigte Zeichen des geistigen Zusammenbruchs des Kapitalismus, die auch Vorgehen der schweren Klassenkämpfe, die bevorstehen, und in denen man dem Feind von vornherein jede Waffe aus der Hand schlagen will. Dieser „Feind“, das Proletariat, wird auch an dieser Front, an der Kulturfront, gestürzt sein.

hondern planmäßig hell, für die Bertätigen, auf der Basis des fünfjährigen Plans entziehen. Ich habe noch nie in einer so erschütternden Lage gelebt. Die längst erwünschte Einheit zwischen Demos und Staat ist hier verwirklicht und die Grundlage unseres Lebens. So gerückt der Westen immer mehr hinter dem Berg der Arbeit am fünfjährigen Plan. Wir haben Mühe, an die Vergangenheit zurückzudenken.“ So schreibt der bedeutende deutsche Kritiker Hannes Meyer, der in der Sowjetunion an leitender Stelle baute tätig ist. Und Sie, hochverehrter Frank Lloyd Wright? Sie bekennen: „Ich bin mit größter Befriedigung und Schätzung des Lebens noch immer am Werke. Was Sie aus meiner Hand gesehen haben, ist noch unvollendet.“ Wäre es nicht schön, wenn Sie Ihrem Werke auf der Basis richtiger sozialer Erkenntnisse einen grandiosen Abschluß geben würden?

Die Rote Fahne

Unserem Zentralorgan gewidmet

Und wird sie hundertmal verboten, Die „Rote Fahne“ von Berlin . . . Sie bleibt das Banner aller Roten, Geisigart um Siebrecht und Lenin!

Und muß sie tagelang verkommen, Das Volk der Hände kennt kein Loch: Wer wagt den „Vorwärts“ noch zu zeigen In Hinterhof und Kellerloch? Und wird sie mit Gewalt begraben, Die „Rote Fahne“ ist nicht tot! Der Hunger wird kein Sprachrohr haben Trotz Preßverbot, trotz Verbot!

Dieterich Witta.

Hofnachrichten

Herr und Frau Krupp von Bohlen und Halbach haben dieser Tage silberne Hochzeit gefeiert. Aus der ganzen Welt kamen Glückwünsche und Besuche ein. Es fanden sich sogar Mitglieder der Reichsregierung, die trotz des neuen kirchlichen Lohnabbaues eine Gabe darbrachten.

Herr Krupp hat sich bemüht gefühlt, sich zu renanzieren: Er listete dem Anwaltsbüros der Kruppwerke 1 Million Mark. Viele Krupparbeiter werden daraufhin von der Freigebigkeit ihres Unternehmers ungeheuer begeistert gewesen sein. Sie hätten sich freuen, wieder Geld der Mann haben muß, wenn er so nebenbei derartige Kleinigkeiten unter das Volk werfen kann, wie früher die Kruppwerke Kupfermünzen den Armen der Stadt vorwarfen. Eine von den Millionen, die die Arbeiter für die Krupp zusammengebracht, wird jetzt verteilt. Und fünf Minuten später beratet man darüber, wie man zwei neue Millionen durch neuen Lohnabbau hereinbringt.

So sieht die ganze Wohlfahrtigkeit der Kapitalisten aus.

Vor erster Kunst wird gewarnt!

Der „Angriff“ schrieb neulich über einen Werbeband der Hitlerjugend, Kameradschaft „Belmet“, was es neben Bier, Landstreichern und Sportkämpfen auch deutsche „Kücheneck“, gab, in jeder Selbstentwertung folgendes: „Eines bedenklich aber stets: Es ist immer ein Risiko, erste Lebensbilder auf die Bühne zu bringen. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist dann oft nur ein kleiner Schritt, der den Erfolg des Abends gefährden kann.“ — Sehr richtig! Wenn die Nazis verstanden wollten, irgendeine wichtige und aktuelle Frage ernsthaft auf der Bühne zu behandeln, dann würde sofort die Lächerlichkeit ihrer „Argumente“ und die Verlogenheit ihrer Thesen zum Vorschein kommen. Neben dem Brot, das sie den Massen nicht geben können, dürfen sie ihnen nur „Speis“ liefern, die „leicht und beiter“ an jeder mittelfähigen Stellungnahme vorbeibalden. Von der Erhabenheit der Herren Hitler und Goebbels bis zum Lächerlichen ist eben nur ein kleiner Schritt.

Wettbewerb zwischen zwei Ausstellungen

An die Leitung der Ausstellung „Zehn Jahre IAH.“ Berlin SW, Leipziger Straße 56/59. Worte Genossen! Die Ausstellung „Frauen in Not“ fordert Euch zu einem proletarischen Wettbewerb heraus. Wir wollen mit diesem Wettbewerb die Besucherzahl durch eine gesteigerte Werbetätigkeit in beiden Ausstellungen heben. Der Wettbewerb soll für einen Tag, am 27. in den nächsten Sonntag, den 8. d. M., gelten. Wir verpflichten uns, eine höhere Besucherzahl zu erreichen als ihr. An den Nummern der Eintrittskarten wird sich die Besucherzahl für den betreffenden Tag in beiden Ausstellungen feststellen lassen.

Mit proletarischem Gruß Internationale Ausstellung „Frauen in Not“, Rechenstr. 21, Wilhelmstr. 10, Berlin.

Kapitalistische oder sozialistische Architektur?

Eine Antwort an den amerikanischen Architekten Frank Lloyd Wright

Der amerikanische Architekt Frank Lloyd Wright, ein Schöpfer moderner baukünstlerischer Weltbauten, stellte vor kurzen einen Teil seiner Lebensarbeit in Deutschland zur Diskussion. Pläne und Modelle. Diese Ausstellung erregte bei manchen Anhängern der zeitgemäßen Architektur eine Begeisterung, wenn auch vielfach übertriebener Natur formulierte Ablehnung. Wir Recht wurde Wright vorgeworfen, er wäre nach Kriegsende architektonisch in den blauen Dunst einer unzeitgemäßen Romantik geraten. Hoff gar nicht hatten die Kritiker bedacht, daß die architektonische Rückständigkeit von Wright einzelne sozialistische Elemente enthalten könnte.

Der Fall Wright, selbstverständlich kein Einzelfall, ist nicht ganz so einfach. Dies beweist auch ein Offener Brief von ihm „an die Architekten Europas“ (erschienen in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 628/30). Wright verteidigt sich da gegen die Vorwürfe seiner deutschen Kritiker und führt den Spiegel an, indem er manchen über-eifrigen Vertreter einer ideenarmen fortgeschrittenen, „zeitgemäßen“ Architektur der Oberflächlichkeit bezichtigt und auch einer Entartung in verantwortungslosen Formalisierungen. Die gerade Linie und die glatte Fläche, man möchte fast sagen, Formen in unendlicher Wiederholung, sind übertrieben modern als etwas, das durch sich, für sich und in sich selbst, betont Wright in seinem ungeschicklich beschriebenen Offenen Brief. „Ich habe die gerade Linie und die glatte Fläche angesehen und benutzte als ein beschönigendes neues Mittel zu einem größeren Zweck“, hebt er ferner hervor.

Entspricht nun dieses Fälsch-Befehlen und die modische Neugierlichkeit mancher moderner Bauten den Tatsachen? Ist eine Überbetonung der geraden Linie und der glatten, gleichartigen Fläche im Werk einzelner ideenarmen, „zeitgemäßer“, tatsächlich rückständiger Architekten da? Zweifellos. Der entwicklungsmäßig sehr bedeutende französische Architekt Corbusier spielt zum Beispiel, in modern stilisierten Villenbauten für Millionen, mit dem Glanz effizienter Materialien und dem Augenmaßes geistlich ausgeübter kühler Formen und Aufbauten. Ist nun eine tabuliert geschmackvoll stilisierte Barockvilla von Corbusier fortgeschrittener als die formal willkürlich frischen Vorbauten von Wright? Keinesfalls. Eine „zeitgemäße“ Luxusvilla Corbusierscher Prägung ist im Grunde nicht ein Tota besser als eine von Wright gebaute, „weniger zeitgemäße“ Villa für die Arbeiter. Ein imperialistisches Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges — einerlei, ob von Tessenow gebaut oder von Ries und der Höhe geplant — stellt ein ebenso reaktionäres Gebilde dar wie der fürstliche Reichthum eines imperialistischen Imperialismus in Japan, das von Wright im Sinne amerikanisch-plutokratischer Geschmacksregeln hergestellt wurde. Wright versteht seine maßstab gebauten Häuser mit Ornamenten der „guten alten Zeit“, Corbusier hingegen — samt seinen Schülern und Nachahmern — verdammt das moderne Gebäude mit den glatten Wänden selbst in ein schmuckes Ornament. Die Kritiker von Wright irren sich, wenn sie Corbusier auf Kosten von Wright loben, aber es irrt sich auch der gegen Wright allzu freundlich eingestellte Theoretiker des Bauens Walter Ruttenberg, wenn er Wright auf Kosten von Corbusier in den Himmel hebt. Trotz der formalen Gegensätzlichkeiten in der Baugestaltung treffen sich Corbusier und Wright, indem beide eine typisch kapitalistische, unsozialistische Architektur produzieren.

Wertvoll ist der Offene Brief von Wright trotz alledem, weil er den Bankrott der kapitalistischen Baukunst in ganzer Klarheit zeigt, wenn auch über zeitlich nicht dem angestrebten Maße der unbedingten Möglichkeit. Er verkennt: „Warum wollen wir nicht die Welt freimachen durch größere Phantasie, eine neue und bessere Technik, Beherrschung neuer und größerer Hilfsmittel, damit keine neuen Gefängnisse mehr entstehen?“ Diese aufrichtige und ehrliche Tendenz zur Weltbefreiung ist das ungemessene Sympathische an seiner Haltung. Trotz vielerlei Fälschungen. Trotzdem er meint, die Welt durch eine „innere Entwicklung der Persönlichkeit“ durch „empfindende, lebendige Schönheit“ befreit zu können.

Reichert die „lebendige Schönheit“ durch „Surrealismen“ auch nur das geringste an dem Massenleben und an der Massennot der kapitalistischen Welt? Wendet noch so quodammodo formalisierte Stabilität etwas an der Schmach, daß Kämpfer für die Freiheit wie Sacco und Vanzetti im elektrischen Stuhl „auf zeitgemäße Weise“ hingerichtet werden? Wright, Kämpfer für die Weltbefreiung, verliert Sie doch bitte, klar zu sehen, daß die Freiheit nicht in den Wolken schwebt und auch nicht von der Freiheitstheorie in Neuplaton verkörpert wird, sondern erst als Ergebnis des proletarischen Bestrebens entstehen wird!

Sehen Sie, die besten deutschen Architekten haben im kapitalistischen Deutschland überhaupt keine Baumöglichkeiten mehr. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ermöglicht aber, das auszuführen, was Architekten vom Range eines Ernst May und eines Hannes Meyer der Rattenjammer des untergehenden deutschen Kapitalismus verzeht. Sie verlassen Deutschland und emigrieren in die Sowjetunion, wo Städte nicht mehr anachronistisch-

Nachruf!

Im Oktober wurde das Erscheinen der „Vossischen Zeitung (Reichsausgabe)“ und des Abendblattes der „Germania“, Führendes Zentralorgan, infolge Lessowitschs eingestellt. Herzliches Beileid!

Geliebte Gemeinde! Wir stehen am Grabe Der „Vossischen Zeitung“ (Reichsausgabe). Wir lassen ferner mit innigem, tiefem Kummer unter „Ferner entschließen“, Das Zeitliche gesegnet hat. Ihre Orgel ertönt und tut kund: Sie scheiden dahin an — Lessowitsch! Zwei lebende Leichen sind verblieben! Zwei fehlende Geister sind entwichen! Die Puste, sie ging aus den zwei! Und darauf gingen sie beide ein! Sie haben uns gemeinsam gemieden, Nun sind sie sogar — gemeinsam verschieden! So ruht denn sanft! — Wir, die wir leben, Wollen im Herren danach streben, Daß ihr im Grabe, vorerst zu zweck, Nicht allzulange alleine seid!

Fritz Behrend.

Sparkasse des Saalkreises

Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater
35 Nebenstellen
Wir dienen dem Volke

Beleuchtungskörper, Apparate für Gas und Elektrizität
Bequeme Zahlungsbedingungen

Stadt-Geschäft Halle G. m. b. H.
Fernruf 25654 - Große Ulrichstraße 54
Färberei Naumann & Co.
Jacobstraße 20

Lebensmittel?
Nur im Konsumverein, im ARV
Verteilungsstellen - Jede Arbeiterfamilie muß Mitglied sein!

August Thurm's Nacht.
Wolff in Halle
Im Café Freischütz
Betten-Graß
Franz Conrad

Poizin's Restaurant
Otto Fricks, Fischerplan 1
Franz Henze, Böhlberger Weg 7
R. Kleemann
Gasthof Wörmiltz
Johannes Thurm

Gebt für die Rote Hilfe
Anna Richter, Lebensmittel
R. Donnerstag

Deutsches Gesellschaftshaus
Johannes Meister, Jakobstr. 57
Hugo Grimm, Fleisch- und Wurstwaren
Hans Mallon

KREITER MINDERER
Im Hotel „Weltkugel“ am Bahnhof
„Lindenhof“

Max Eislermann, Brol- und Feinbäckerei
Hugo Grimm, Fleisch- und Wurstwaren
Hans Mallon

M. Schellenberger
E. Weidling
Im Hotelhaus Brulo Paris

Max Schröder, Schweißschestr. 18
Inserieren
Hefe

Möbel
A. Kopf

Experteisenwaren
Albin Henze
Möbel-Schäble
Josef Ganter / Auto-Werkstätten

Logo with 'RK' and 'be KARSTADT kaufen heißt gut und billig kaufen' text.

Haflema
Das Haus der guten Qualitäten und der billigen Preise
Brummer & Benjamin
Halle, Große Ulrichstraße 22-25, Rannischer Platz

Döllniger Mühlenwerke
Inferieren bringt Gewinn!
Kaufe bei J. Lewin Markt 3-7
Halle, Große Essig-Fabriken G. m. B. H.

Barbara - Drogerie
Karl Conrad
Max Eislermann, Brol- und Feinbäckerei
Hugo Grimm, Fleisch- und Wurstwaren

Benzin Petroleum
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft
Schuhwaren
Friedrich mit Leipziger Oehlchläger

Krebs & Co., Bettfedern-Reinigung
Kampf gegen die Kirche ist Kampf für den Sozialismus!
Molkerei Nienberg empfiehlt ihre Produkte in better Qualität

Schuh-ZADEK Nachf., Steinweg, 46
Gustav Polzin
Josef Ganter / Auto-Werkstätten

„Engelhardt-Biere“ überall

Kathariners Maizkaffee
ist billig, nahrhaft und darf in keinem Haushalt fehlen!

Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik - Große Märkerstraße 4
Außerst günstige Zahlungsbedingungen

Beerdigungs-Anstalt Witw'ige
Krukenbergstraße 7 - Geschäftsstelle des deutlichen
Verdieltdigungs-Apparate u. Zubehör
Anna Habel
Große & Wilan

Radio-Achtel
Drogerie Engel
Bevorzugt Fylfes-Bananen

Radio-Achtel
Drogerie Engel
Bevorzugt Fylfes-Bananen
Röhren-Reparaturen nur bei Hans Gollig

Trinkt die Milch aus der Halleschen Molkerei
Reserviert 3

Trinkt die Milch aus der Halleschen Molkerei
Reserviert 3

Obst-Spezialgeschäfte
Wilhelm Pfeiffer
Inferieren schafft besseren Geschäftsgang

H. Lindemann
Inh. Carl Hofmeister
Trinkt Freyberg-Bräu!

Flugplatz-Kasino
Ausflugsort-Verkehrsalokal
Möbe

Gepp Zimmermann
Naturheilundiger, Tränk-
Dito Albricht
Berta Reids

Möbe
Geschmackvolle
Wohnungseinrichtungen
Gebr. Jungblut

Johann Bauer,
Afred Pfautsch
Stempel-Fabrik

Stokholoden u. Zuckerwaren
Lorno u. Weipalger Str. 82
Hannemann, Rannische Str. 7
Egt "Müller-Brot"

Willy Teitlich
Albert Glaser
Haller-Trotha

Café Burghof
Tabak-Ecke
H. KUNTZ

Willy Teitlich
Albert Glaser
Haller-Trotha

Molkerer Trotha, Telefon. 264 86
Genossenschaftler!

Molkerer Trotha, Telefon. 264 86
Genossenschaftler!



Wie der Mantel, so der Anzug

verwendet nur Edelstoffe — beste Zutaten — und legt den größten Wert auf die Innenverarbeitung. Die Preise aber bringen Ihnen den Beweis unerhörter Leistungsfähigkeit:

Herren-Winter-Ulster
aus strapazierfähigen, gut tragbaren warmen Winterstoffen mit Ringgurt, moderne Form. — Ein preiswerter Mantel, der sich im Tragen bewährt 59.- 49.- 39.- 29.- **19.-**

Strapazier-Anzüge
moderne Dessins, ein- u. zweireihig, stark, haltbare Stoffe 59.- 49.- 39.- 29.- **19.-**
Darunter auch gute Kammgarn-Anzüge, in blau und farbig

Weiss
Weiss Kleider Werkstätten
Halle am Markt
Merseburg, Kl. Ritterstr. 6

Montag
Dienstag
Mittwoch

3 billige
Käfigtage
Vogelbauer mit Glas von 1,85 an
Bei meiner Risenauswahl für jeden
Geschmack etwas Passendes
Max Krug, Samenhandlung, Markt 16

H
A
N
S
B
U
C
H
H
O
L
Z

**HAUPTBAHNHOFS
WIRTSCHAFT HALLE**

Donnerstag, den
22. Okt., grosses
Schlachtfest!

Schauburg-Lichtspiele

Holzweilig
Freitag bis Montag
die große Tonfilm-Operette
Der Bettelstudent
mit Hans Heinz Böttmann,
Fritz Schulz, Hermann Bicha
Dazu ein abwechslungsreiches Programm
Sonntag nachm. 3 Uhr große
Kinderdarstellung

Dienstag bis Donnerstag der große humor-
film „Der maskierte Spion“

Heringe

noch billiger!
Ein Ausnahme-Angebot!
**10 Stück deutsche
Fettheringe 30**
nur Pfennig

Werkstätige kauft im
Konsumverein Wittenberg
17 Verteilungsstellen — 5000 Mitglieder



Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungskassengesellschaft, Hamburg 5
**Größte Volksversicherungs-
Gesellschaft Deutschlands**
Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit
900 Millionen RMark Versicherungssumme,
125 Millionen RMark Vermögen, davon
Eigentum der Versicherten:
Prämienreserve: über 85 Millionen RMark,
Gewinnreserve: 20 Millionen RMark,
zusammen über 105 Millionen RMark.
Versicherungsleistungen: über 11 Millionen RMark
seit November 1923 (Ende der Inflation).
Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Wittenberg, Kurfürstenstraße 15
Bitterfeld, Innere Zöbiger Straße 7 | **Weißenfels**, Walterstraße 11p, 1
oder der **Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5**, An der Alster 57-61

Radio-Bastler

Lausprecher-Systeme
4 pol. **RM 5.75**
dio, m. 2 Magneten . . . **RM 6.75**
1a Kran System **RM 15.-**
Schallmembranen dazu . . . **RM 0.95 0.80 0.45**
Lausprecher-Gehäuse
moderne Formen von **RM 15.-**
Heim Apparat zum
Selbstladen des Akkus **RM 10.25**
Akku-Säurefüller nur **RM 1.75**
Spezial-Spritzflasche für korren
u. langen Wellenbereich **RM 12.-**
Fern Empfänger, o. R.
Batteriegänge f. 8 Röhren
neueste Herbstmodell **RM 24.-**
Akkumulatoren b. 0,5 Amp.
40 Betriebsstunden gef. u.
geladen Stück **RM 7.90**
Akkubatterien **RM 5.30**
Gitterbatterien in allen Preislagen.

K. Möller

Halle a. S., Schmeerstr. 1
Das große Fachgeschäft mit den
kleinen Preisen.
Versand n. auswärt. per Nachnahme.

Cha selongues
32-38-45-48-53.
Bettchaiselong.
Sofas
Mod. Liegesofas
(Couches)
48- 64- 75-
85- 90- 110-
90-
1.5- 125- 135- 53- 65- 75- 90-
Ein. rezekommende Zahlungsbedingung.
Ti import frei! Eigene Werkstätten
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
Mitteln vom Markt

Zoologischer Garten

Freitag, den 18. Oktober, 4 Uhr:
Nachmittag-Konzert
abends 7.30 Uhr: **Tanz**
Eintritt frei!
Erstes Symphonieorchester d. Kammer-
Orchesters am Montag, d. 2. Novbr.

Unsere Preise
sind doch billiger

Herren-Ulster 24.50
auf K/Seide . . . nur
Herren-Anzug 19.50
moderne Muster nur
Herren-Anzug 39.00
blau Kammgarn, reine
Wolle nur
Wer Geld sparen will, kaufe bei
Uhlig
BITTERFELD
Burgstraße 51 + Burgstraße 1

Berücksichtigt unsere
Interenten!

Spezial-Verkauf Winter-Waren Trikotagen

ab Freitag,
16. Oktob.

Kaufe in der Zeit,
so hast du wenn es kalt wird:

Kinder-Unterwäsche
Damen-Unterwäsche
Herren-Unterwäsche
Handschuhe / Strümpfe
Schlafdecken / Flanelle
Barchent-Betttücher
Halbwollene Kleiderstoffe

alles
billig, gut,
auswählreich
nur von



Weinkellerei
F. G. Menge
Weißenfels
Likörfabrik

Neu eröffnet!

10 Automaten-Restaurant 10
Pfenning

Leipziger Straße 52
Nähe Riebeckplatz

Jetzt zugreifen!

Preise, die nie wiederkehren!
Nur einige Beispiele:
Kinder-Ohrschuh zum Teil Kamelhaar
und Wolle . . . Größe 18-26 1.25 und **0.95**
Laschen-Schuh mollig und warm **1.35**
für Herren 1.65, für Damen
Kragenschuh mollig und warm 36-42 **1.65**
Eine Gelegenheit! Kinder-Stiefel **5.90**
schwarz 31,35 0.75 27,30
Gelegenheitskauf! Herren-Sportstiefel **10.50**
schwarz, nur gute Qualität 9.95
schwarz u. braun prima Qualität, Doppelsohl,
wasserd., Futter u. staubische nur 12.50
Jetzt können Sie Ihren Winterbedarf in Kamelhaar- und Filzschuhen zu Spottpreisen decken
Schuhhaus Blum nur
Gr. Ulrichstr. 47

Eine Gelegenheit für jeden!
Beachten Sie die Schaufenster!
Damen Spangon In verschiedenen Farben **4.90**
prima Qualität 5.90
Damen Spangon in schwarz, braun und **4.45**
Lack 5.90 4.90 und
Herren-Halbschuh schwarz und braun, nur **5.45**
beste Qualität 7.90 6.90
Herren-Stiefel schwarz, nur gute Qualität **8.90**
schwarz u. braun prima Qualität, Doppelsohl,
wasserd., Futter u. staubische nur 12.50

60 Jahre A. Huth & Co.

Halle a. S., Große Steinstraße und Markt

Unsere billigen Jubiläums-Preise
bieten auffallende Vorteile!